

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 30 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4508. — **Postfach Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 18/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4508

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle: 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Heute 1/25 Uhr Massendemonstration gegen Neutralitätsbruch! An das deutsche Proletariat!

Die Internationale der Reformsozialisten.

Arbeiter, Sozialisten!
Von Tag zu Tag mehren sich die Gerüchte, daß Entente-Truppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entfesselten polnisch-russischen Krieg die Polen gegen die roten Armeen zu unterstützen.
Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegs-schauplatz wird.
Die deutsche Arbeiterklasse muß dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsmaterial und Munition zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher sein.
Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie befüllen.
Haltet Euch bereit!
Noch die internationale Solidarität des Proletariats!
Berlin, den 7. August 1920.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Die zweite Internationale ist tot — das war die Auffassung weiter Kreise des revolutionären Proletariats nach dem ruhmlosen Zusammenbruch der alten Internationale im Weltkrieg. Die weitere Entwicklung hat indes bewiesen, daß diese Annahme den Ereignissen voraussetzte. Es gibt immer noch große und einflussreiche Gruppen der westeuropäischen sozialistischen Arbeiterschaft, die heute noch glauben, die zweite Internationale zu einem brauchbaren Instrument für die Befreiung des internationalen Proletariats umgestalten zu können. Den reformsozialistischen Führern dieser Parteien ist es mit großer Mühe auch gelungen, die alte internationale Organisation noch einmal zusammenzufassen. Freilich sind die entstandenen Mäße groß, die Risse aber nur schlecht verklebt und der ganze Organismus ist ein krankes und sicher nur kurzlebiges Gebilde. Die künstlich wieder belebte zweite Internationale wird nie und nimmer mehr die kraftvolle und organisationsfähige Kampforganisation werden, deren die internationale Arbeiterschaft zur erfolgreichen Durchführung ihres Befreiungskampfes bedarf. Das haben die letzten zu Ende geführten Verhandlungen des Kongresses in Genf und seine Beschlüsse mit aller Deutlichkeit bewiesen.
In einem Begrüßungsartikel zum Genfer Kongress hatte der Vorwärts zwar behauptet, daß ein großer Teil des Weltproletariats hoffnungsvoll nach Genf blicke, weil der Genfer Kongress „ein Kristallisationspunkt für die Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zwischen den Arbeiterorganisationen der ganzen Welt“ darstelle. Daß diese Behauptung nicht den Tatsachen entsprach, ergab sich schon auf der Zusammensetzung der Tagung der Kampfinternationale. In Genf versammelten sich nur die Vertreter der englischen Arbeiterpartei, der Rechtssozialisten Deutschlands, der belgischen Sozialisten und einiger sozialistischen Parteien der neutralen Länder. Dazu einige sozialistische Renegaten aus Italien und Frankreich, die für die Arbeiterbewegung dieser Länder keine Bedeutung haben. Besonders kompromittierend für die zweite Internationale ist die Zulassung der französischen Delegation. Die Anbristol, Grenier usw. übertriffen an Nationalismus selbst manche bürgerliche Elemente. Sie haben die Kriegskredite noch nach dem Waffenstillstand bewilligt, sie haben den Versailles-Gewaltfrieden als noch zu gelinde bezeichnet. Die sozialistische Partei Frankreichs hat sie schimpflich ausgeschlossen, worauf sie von den bürgerlichen Parteien in die Kammer gebracht wurden. Sie sind würdige Gesellschaft für die Noske, Heilmann usw. Die revolutionären Sozialisten Deutschlands, die sozialistischen Parteien Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Oesterreichs und vor allem Rußlands waren nicht vertreten. Für sie alle ist die Internationale der Nationalsozialisten erledigt. Aber auch die Arbeiter, die in den auf dem Genfer Kongress vereinigten sozialistischen Parteien organisiert sind, dürften mit dem Ergebnis des Kongresses kaum zufrieden sein. Genf wird den wirklich noch hoffnungsvollen vielmehr eine große Enttäuschung bereitet haben.
Enttäuscht werden vor allem die Rechtssozialisten Deutschlands sein, deren Organisation nach dem Vorwärts einen der beiden Pfeiler der internationalen politischen Arbeiterbewegung bilden. Den deutschen Rechtssozialisten geht es genau so wie dem bürgerlichen Durchschnittsdeutschen. Sie sind auch heute noch nicht zu einer nüchternen Erkenntnis der historischen Tatsachen und zu einer objektiven Würdigung der schmachvollen Rolle gekommen, die die Deutschen im allgemeinen und die deutschen Rechtssozialisten im besonderen während des Krieges gespielt haben. Bereits vor dem Luzerner Kongress schrieb Stampfer im Vorwärts, daß sich die Ententesozialisten und die deutschen Mehrheitsler nichts vorzuwerfen hätten, sie seien quitt. Schon Luzern hat dem Rechtsler gezeigt, daß sie sich irren; aber gelernt haben sie nichts. Ausgerüstet mit einer Denkschrift ihres Parteivorstandes über die Kriegsschuld zogen sie nach Genf. In der Denkschrift erkannten sie zwar einen Teil ihrer Sünden an, versuchten aber im übrigen, ihre Kriegs- und Durchhaltepolitik zu rechtfertigen. Nachdrücklich betonten sie, daß der rechtssozialistischen Partei „die Grundlinien ihres Verhaltens durch die Verhältnisse selbst vorgeschrieben waren“, daß sie sich auch heute noch keinen Vorwurf daraus machen könnten, „daß sie nach Kräften bestrebt war, den Sieg eines feindlichen Imperialismus über ihr eigenes Volk zu verhindern“. Zu diesem Versuch einer Rechtfertigung der rechtssozialistischen Kriegspolitik erkennt man so recht die ganze Unfähigkeit der Scheitelmänner, die Kriegsprobleme vom grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt aus zu erfassen. Es ist deshalb leicht begreiflich, daß die deutschen Rechtssozialisten mit ihrem Rechtfertigungsver-

Abstand vom Durchmarsch?
Berlin, 9. August (Eigene Drahtmeldung der D. B.) In den verantwortlichen politischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß der Gedanke eines Durchmarschs französischer Truppen durch Deutschland von der Entente ausgeht, vor allem deshalb, weil man den Widerstand der deutschen Arbeiterschaft fürchtet. Dann aber anscheinend auch unter englischem Druck.

Die Meldung entbindet die Arbeiterschaft natürlich nicht von der Pflicht höchster Wachsamkeit und Tatbereitschaft. Wenn die Staatsmänner Frankreichs von dem Vian absteigen, so sicherlich nur so lange, als sie dem Widerstand der deutschen Arbeiter rechnen müssen.

Berlin, 8. August. Halbamtlich wird durch Wolffs Bureau verbreitet: Zu der von der Korrespondenz Dena ohne tatsächliche Unterlagen verbreiteten Nachricht über Durchmarschpläne der Entente nimmt jetzt auch die französische Presse Stellung. Der Temps schreibt: „Die Militärs haben niemals und in keiner Form Deutschland die Absicht kundgegeben, durch deutsches Gebiet Truppen hindurchzuführen, die bestimmt wären, an der polnischen Front zu kämpfen.“ Diese Mitteilung des Temps entspricht durchaus den Tatsachen. Das Pariser Blatt weist seinerseits darauf hin, daß die Entente eine Note an die deutsche Regierung richten wolle, die über deutsche Einmischung in den regelmäßigen Zugverkehr nach dem Abwägungsgebiet Beschwerde führt. Diese Note ist inzwischen in Berlin eingegangen. Sie verweist auf mehrere Fälle von Durchsuhungen regelmäßiger Ententezüge nach Oberschlesien und macht darauf aufmerksam, daß eine Wiederholung solcher Fälle die regelmäßige Verbindung der Truppen und der hohen Kommandos in Oberschlesien gefährden würde. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf den unerlaubten Charakter solcher Vorgänge und auf die Notwendigkeit, geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu ergreifen.

Die deutsche Bevölkerung muß sich bewußt sein, daß bei der berechtigten Sorge um unsere Neutralität alle Schritte verstanden werden müssen, die unsere Neutralität gefährden könnten. Vor unüberlegten Eigenmächtigkeiten, die geeignet sind, Zwischenfälle herbeizuführen, wird daher auf das dringendste gewarnt.

Vor dem russischen Einmarsch in den Korridor
Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der D. B.) Die Berliner Montagepost meldet aus Marientwerder: Nachdem in Thorzelles russische Kavalleriepatrouillen eingetroffen

sind, scheinen die Polen mit dem russischen Einmarsch in das abgetretene deutsche Gebiet zu rechnen. In einem halben Tagesmarsch ist Napierken, die östlichste Station des polnischen Korridors, zu erreichen. Hier beginnen die Polen Schützenpatrouillen auszuwerfen. Napierken ist von Soldau, das die polnischen Behörden räumen, und somit von der Bahn Warschau—Mlawka—Danzig nur 15 Kilometer entfernt. An der deutschen Grenze selbst, an der die Russen sich nach Möglichkeit in der 5-Kilometer-Zone fernhalten, sind neue Grenzüberwachungsstellungen nicht vorgekommen. Die bolschewistische Kriegsführung läßt sich nach Ansicht des Korrespondenten mehr in einzelne Gruppenkämpfe auf, die sich an die Bahnlinien und Hauptstraßen anschließen, mit Hilfe der ausgezeichneten Kavallerie keine Umgehungen durchführen oder auf wenigen Druckpunkten die schwache polnische Front zerstoßen.

Nach ein Protest englischer Arbeiter gegen kontrerevolutionären Krieg.

Berlin, 9. August. (Eigene Drahtmeldung der D. B.) Der Lokal-Anzeiger meldet aus Rotterdam: Die Londoner Abteilung der Britischen Arbeiterpartei veröffentlichte gestern ein dringendes und wichtiges Schreiben, durch welches die angeschlossenen Arbeiterverbände aufgefordert werden, ihre Stimme gegen den Krieg mit Rußland hören zu lassen. Es sei insbesondere die Pflicht der Londoner Arbeiter, der Regierung klarzumachen, daß es sehr unangenehm für sie werden könnte, wenn der ungesunde Militarismus und Antisozialismus Churchills die Oberhand behalten würde. Die Arbeiter werden deshalb aufgefordert, Resolutionen an den Premierminister, die Parlamentsmitglieder und die Presse zu senden. Besonders sollen sie wissen lassen, daß die Arbeiterschaft nicht in den Verdacht kommen will, einen neuen Krieg mitzumachen, sondern daß sie den schändlichen Fehlern der auswärtigen Politik feindlich gegenübersteht.

Englische Kriegsschiffe gegen Rußland.

Kopenhagen, 9. August. (TL.) Aus Göteborg wird gemeldet: Hier wurden zwei Geschwader der englischen Flotte im Kattegat mit dem Kurs nach Osten gesichtet. Das Ziel ist angeblich Neval.

Bevorstehende Verhaftung des früheren ungarischen Ministerpräsidenten.

Budapest, 9. August. (TL.) Der Immunitätsausschuß der Nationalversammlung hat mit Stimmenmehrheit dem Ersuchen der Staatsanwaltschaft stattgegeben, die Immunität des gewesenen Ministerpräsidenten Stefan Friedrich wegen des dringenden Verdachts der Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tisza aufzuheben.

Juch selbst bei ihren Genossinnen in Genf auf Märkten Widerstand leisten. In der Resolution der Kommission über die Kriegsschuld wurde festgestellt, daß die deutschen Reformsozialisten selbst den Freier angestrichen mühten, nicht frühzeitig und energisch genug das System des Militarismus und Imperialismus bekämpft zu haben. Es wurde darin ausgesprochen, daß die Schuld der deutschen Sozialdemokratie darin liege, nicht rechtzeitig der Revolution in Deutschland den Weg gebahnt zu haben. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß diese Resolution in der Kommission einstimmig angenommen worden war. Auch der einzige deutsche Vertreter, Adolf Braun, hatte ihr unter Vorbehalt zugestimmt. Die später eingetragene Mehrheit der deutschen Delegation unter der Führung von Scheidemann und Wels erhob dann allerdings Einspruch. Ebenso protestierte der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen die Fassung der Resolution. Die Entschiedenheit wurde deshalb noch einmal an die Kommission zurückverwiesen. Es wurde auch der Wortlaut des Einleitungsatzes ein wenig geändert.

Die Scheidemannier suchen es nun so hinzustellen, als sei diese Neubearbeitung von großer Bedeutung, und im Vorwärt behauptet Stämpfer, der Resolution seien die stärksten Einsprüche ausgedrückt worden. In Wirklichkeit ist auch in der abgeänderten Entscheidung ohne Rücksicht auf den Einspruch der Deutschen die härteste Verurteilung der Kriegspolitik der Scheidemannier und Kompanie ausgesprochen. Unzweifelhaft wird die ganze Politik der Rechtssozialisten, die auf eine Lähmung der revolutionären Energie des deutschen Proletariats hinausläuft, verurteilt, die Politik, die die Scheidemannier auch nach Ausbruch der Revolution zum großen Schaden des Proletariats fortgesetzt haben. Interessant ist es, daß es die deutschen Reformsozialisten in Genf so hinzustellen versuchten, als sei die November-Revolution, die sie bekanntlich bis zur letzten Stunde verhindern wollten, ihr Werk. Sie hielten es für zweckmäßig, sich vor den Sozialisten der anderen Länder wieder einmal ein revolutionäres Mantelchen umzuhängen. Das hat ihnen aber nichts genützt, ihr Mandat wurde durchgehaut. Der Kongress blieb bei seiner Verurteilung der rechtssozialistischen Kriegspolitik und die armen Sünder um Wels und Scheidemann mußten trotzdem der Resolution zustimmen, weil sie sonst auch bei der Internationale der Reformsozialisten keinen Ansehluß gefunden hätten und außerhalb jeder Internationale gesteckt worden wären. Es liegt auf der Hand, daß die Zustimmung der Rechtssozialisten zu der verurteilenden Entscheidung einer Vantrotterklärung der Scheidemann-Partei gleichkommt. Daß im übrigen die Scheidemannier und Wels, die Molkenbührer und Müller ihre Politik auch jetzt nach der schweren Niederlage in Genf nicht ändern werden, ist für jeden Kenner dieser sozialistischen Politik klar. Danach kann man den Wert der „Einklang“ beurteilen, die in der Genfer Internationale vollzogen worden ist. Daraus ergibt sich aber auch die Wertlosigkeit einer internationalen Organisation, die auf so schwankender Basis errichtet worden ist. Das Klassenbewußte internationale Proletariat wird man mit solchen Votumklischen Dörfern nicht täuschen können und die Treueführer, die sich heute noch täuschen lassen, werden gar bald erkennen, daß die in Genf künstlich wieder aufgerichtete Rumpf-Internationale ihre Hoffnungen nicht erfüllen kann.

Die Arbeiterbewegung und die Revolution in England.

Humanität gibt ein Interview, das ein französischer Genosse mit dem Chefredakteur des Daily Herald, Genossen Lansbury, bei seiner Teilnahme an der Gedächtnisfeier der Pariser Sozialisten für Jaures hatte. Die Fragen betreffen die Revolution und ihren vermutlichen Verlauf in England, die Aussichten der am 1. August in London gegründeten Kommunisten-Partei und die Stellung einzelner Persönlichkeiten in ihr. In der Hauptsache lautet die Antwort Lansburys folgendermaßen:

„Ehe wir die besten Mittel diskutieren, mit denen eine Revolution „zu machen“ ist, ist es notwendig, den Gedanken an die Revolution in die Massen zu tragen. Vergessen wir nicht, daß die große Masse noch gestarrt und zusammenhanglos ist und daß ihr noch die Einsicht in die Aufgaben fehlt. Die Zerrissenheit der Bewegung und die Auseinandersetzungen über die Taktik richten noch große Konfusion in den Köpfen an.“

Auf die Dinge zurückkommend, die Lansbury jetzt vornehmlich beschäftigt, sagte er: „Sie wissen, daß eine nationale Konferenz der Kommunisten-Partei in London abgehalten wurde. Es ist dies ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des englischen Sozialismus. Die Mitglieder der British Socialist Party, die der Labour Party und einige mit der Haltung der Partei unzufriedene Mitglieder der Independent Labour Party beschlossen, sich zusammenzuschließen zur großen Partei, die sich Britische Kommunisten-Partei nennt.“

Die Mehrzahl der Redakteure von Daily Herald haben beschlossen, dieser Partei als Mitglieder beizutreten. Was mich betrifft, so nehme ich eine abwartende Stellung ein. Ich will erst unsere Kameraden am Werke sehen. Die Diktatur des Proletariats und die Schaffung einer Sowjet-Regierung stehen auf ihrem Programm. Alles wird von der Zeit abhängen, wie die revolutionären Grundkräfte der russischen Genossen den englischen Verhältnissen angepaßt werden.“

Auf die Frage, ob sich die Revolution in England wohl ohne großes Blutvergießen vollziehen wird, antwortete Lansbury: „Ich bin in der Tat ein grundsätzlicher Gegner der Gewalt. Ich bin überzeugt, daß England das Land ist, wo die soziale Revolution sich ohne Blutvergießen, wenigstens mit einem Minimum davon, vollziehen wird.“

„Glauben Sie, daß sich die Kapitalisten und Eigentümer ohne Widerstand werden entziehen und die Militärkräfte entwaffnen lassen?“ „Wir werden unser Ziel nach und nach erreichen. Das englische Temperament weist eben die Kompromisse nicht zurück. Sein auf die Wirklichkeit gerichteter Sinn läßt es oft einen halben Sieg einem formalistischen ganzen vorziehen. Der Engländer von Natur liberal, ist immer bereit, in Unterhandlungen einzutreten und Konzessionen zu machen; sei es aus Achtung vor der Meinung anderer, sei es aus Taktik, weil er seinen Gegner nicht zu verletzen liebt. Dadurch sind die gespannten Situationen in England sogar geringer und weniger häufig. Ich glaube sogar, daß wir der sozialen Revolution abwartend und dem Kapitalismus im passiven Widerstand mit gekreuzten Armen gegenüberstehen werden.“

Ueber die revolutionäre Rolle, die die Gemeindeverwaltungen spielen, sagte Lansbury: „Zu der Meinung, daß die soziale Revolution sich mehr auf friedlichem Wege vollziehen wird, bestimmen mich die Gemeindeverwaltungen. Unsere Erfolge auf diesem Gebiete sind sehr groß. Die großen Zentren werden mehr und mehr sozialistisch; 25 Bezirke Londons haben eine sozialistische Mehrheit und in 18 anderen ist die Minderheit sehr beträchtlich. In Leeds, Manchester, Bradford, Glasgow rechnen wir bei den nächsten Wahlen im November auf einen vollen sozialistischen Erfolg. Sogar auf dem Lande dringt der Sozialismus mehr und mehr ein. Die Wirtschaftskrise wird in England eine so scharfe revolutionäre Lage schaffen, daß die Gemeindeverwaltungen der Bewegung Richtung geben und zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft auf friedlichem Wege die Bahn ebnen werden.“

Auf die Frage, ob sich die Gemeindeverwaltungen nicht zu lokalen Sowjets entwickeln könnten, bemerkte Lansbury, man könne die Zukunft nicht vorhersehen. Die Entwicklung in England könne sich als sehr kompliziert erweisen; denn der Engländer sei vor allem Individualist. „Vielleicht entwickeln wir uns zu einem gemischten parlamentarischen und geographischen System, das bestehen wird aus den gewählten Blöcken, Industrievertretern und Produzenten.“

Sehr interessant ist dann, was Lansbury über die bekannte frühere Vorkämpferin des Frauenstimmrechtes Sylvia Pankhurst sagte, die sich jetzt der Kommunisten-Partei angeschlossen hat und die von Lenin besonders warm begrüßt wurde. Nachdem er auf den großen Kampf hingewiesen hat, den sie jahrelang zur Erreichung des Frauenwahlrechtes geführt und wofür sie große Opfer brachte, viele Gefängnisstrafen erduldet, teilte er mit, daß sie plötzlich Gegnerin des Parlamentes geworden sei und kurz vor den Wahlen erklärt habe, das Parlament als Institution gehöre der Vergangenheit an. Zahlreiche von Frauenstimmen sind durch den plötzlichen Umfall der Pankhurst der sozialistischen Bewegung verloren gegangen und den Gegnern zugute gekommen. Sie hat einen wahren antiparlamentarischen Kampf geführt. Hier kann man sagen, daß das Wort zutrifft: Die äußersten Gegensätze berühren sich.

Die Lage ist ernst.

So hat am Sonntag in London Lord Ribblesden den Journalisten erklärt, denen er folgende Mitteilung über das bisherige Ergebnis der Konferenz von Syth zwischen Lloyd George und Millerand, die am Sonntagvormittag 10 Uhr 15 Minuten begann und bis 1 Uhr 30 Min. dauerte, übergeben hat:

Die englische Regierung hat von den Sowjets eine eingehende Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten. Inzwischen hat sie Andeutungen über die Absichten der Bolschewisten erhalten, und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatten, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von zehn Tagen zu erlangen, unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da sich die Sowjets weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag ein reger Meinungsaustausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um 1/3 Uhr wieder aufgenommen werden soll.“

Was in der zweiten Hälfte der Konferenz beschlossen worden ist, darüber liegt noch keine Meldung vor. Was vorher gemeldet wurde, gibt keine Klarheit, denn das Gegenüber der Meldungen, das wir am Sonnabend schon konstatierten, dauerte an. So wurde am 7. August von „zuständiger Seite“ in London erklärt, daß die Mitteilung über die Entsendung größerer Mengen Kriegsmaterial und die Bereitstellung von vier Divisionen für Polen unrichtig sei. Einzelne Truppenteile hielten sich für alle Fälle bereit. Im vorliegenden Falle sei die Angabe vollständig unrichtig, der Army Council gleiche die Entsendung von zwei Divisionen nach Polen in Erwägung.

Dieses Dementi bezieht sich jedoch nur auf militärische Kräfte. Die Absicht zur Wiederaufnahme der Blockade und zur Unterstützung Polens durch Kriegsmaterial wird nicht bestritten. Offensichtlich sind die steterhaften Anstrengungen Frankreichs für Polen, die zum Abschluß jenes Vertrages mit Ungarn geführt haben, als dessen Kaufpreis, wie jetzt bekannt wird, den Ungarn folgendes zugesichert wurde:

1. Ungarn soll Deutschwestungarn zugesprochen erhalten.
2. Im Gebiet von Biala, Kaschau und Preßburg-Land sollen Gebietsänderungen vorgenommen werden, so daß Ungarn die ganze nördliche Donaulinie wieder zugesprochen wird.
3. An der rumänischen Grenze sollen Grenzberichtigungen vorgenommen werden, so daß Ungarn wieder in den Besitz der Eisenbahnknotenpunkte an der Linie Urad-Nagywarad gelangt.
4. Frankreich verpflichtet sich, für die Rückendückung Ungarns Sorge zu tragen, falls in Deutsch-Oesterreich ein bolschewistischer Umsturz stattfindet. In diesem Falle sollen Ungarns Truppen das Reich über Wien zu besetzen.

Das Resultat dürfte schwere Verzögerung der Tschcho Slowakei und Rumänens sein, die schwerlich bereit sein werden, den Durchzug ungarischer Truppen zu dem Zwecke zu gestatten, daß ihnen ihre Stützpunkte verflücht werden. Sie waren ohnehin schon abgeneigt, sich die Feindschaft Sowjetrußlands anzuziehen, und haben stets energisch ihren Willen zur Neutralität betont.

Die Moskauer Regierung hat in einer Note, die Kamenev am Sonnabend in London übergab, noch einmal hervorgehoben, daß sie nicht daran denke, Polen „zu zerschmettern“, noch ihm einen Gewaltfrieden nach Versailles Muster aufzuzwingen. Es wird in der Note dargelegt, daß die Verzögerung der Waffenstillstandsverhandlungen lediglich die Polen verärgere, weil sie ihnen Delegierten nur militärische Vollmachten mitgegeben hatten, obgleich die russische Regierung Unterhändler über Waffenstillstand und Frieden gefordert hatte. Dany fährt die Note fort:

Es braucht nicht betont zu werden, daß die russische Regierung nie den Wunsch gehabt hat, die Verhandlungen über den Waffenstillstand mit Unterhandlungen für einen dauernden Frieden zwischen Polen und Rußland zu verknüpfen. Dennoch ist es unermesslich, daß in den Verhandlungen für einen Waffenstillstand gleichzeitig Verhandlungen bezüglich gewisser Bedingungen und Garantien, welche außerhalb des rein militärischen Gebiets

liegen, mit einbezogen werden müssen. Die Geschäfte des polnischen Angriffs auf Rußland und die unverkennbare Tatsache, daß Polen systematisch und ununterbrochen von französischer Seite Unterstützung erhalten hat, sowie die Anwesenheit von General Wrangels Truppen auf dem rechten Flügel des polnischen Heeres fordern von der Sowjetregierung, daß in den Waffenstillstandsbedingungen mit Polen solche entscheidenden Garantien eingefügt werden, daß sämtliche Versuche Polens, in der Waffenstillstandsperiode feindliche Handlungen gegen Rußland zu erneuern, verhindert werden. Diese Garantien würden eine teilweise Entwaffnung und die Einstellung der Einberufung von Miliz oder freiwilligen usw. umfassen. Das Fehlen der Vollmachten zur Verhandlung dieser Fragen zwingt die russische Regierung, den Vorschlag zu machen, daß die Polen ihre Regierung um anderweitige Vollmachten bitten sollten.

Die Polen haben aber diesen Vorschlag nicht angenommen und beschlossen, nach Warschau zurückzugehen. Ueber ihre Absichten gegen Polen erklärt die Sowjetregierung erneut, daß sie stets entschlossen auf eine Anerkennung der Unabhängigkeit und Freiheit Polens beharrt, und sie wiederholt ihre Bereitschaft, dem polnischen Staat ausgebreitere Grenzen zu geben, als vom Obersten Rat bestimmt waren und wie aus der britischen Note vom 20. Juli hervorgehen.

Trotz dieser Erklärungen besteht die Entente auf der Bedingung bestehen, daß Rußland sofort und ohne jede Sicherung einen zehntägigen Waffenstillstand eingehen soll. Wenn die Sowjetregierung das ablehnt, so wird ihr niemand daraus einen Vorwurf machen können. Die Entente aber will daraus offenbar den Kriegsfall machen. Alle Schuld an dem erneuten Aufflackern der Kriegslampe wird dann bei ihr liegen!

Die Neutralität der Randstaaten ist dann aufs äußerste gefährdet. Lloyd George erklärte abermals, wie aus London vom 9. August gemeldet wird, daß die Allierten die Tschcho-Slowakei zum bewaffneten Eingreifen gegen Rußland mit allem Nachdruck veranlassen werden.

Von einer wesentlichen Besserung der polnischen Kriegslage ist trotz der die polnischen Erfolge im Süden wortreich aufbauenden polnischen Berichte noch nichts zu spüren. Nach einer Times-Meldung stehen die nördlichen Außenforts von Warschau seit Freitag früh unter dem Feuer russischer Geschütze. Nach einer Wiener Meldung haben die Russen die Festung Zwangorob besetzt, die polnische Linie wurde bei Radom zurückgenommen. Die Flucht der polnischen Regierung aus Warschau wird von polnischer Seite entschieden bestritten. Dagegen behauptet ein Warschauer Bericht der Kölnischen Zeitung diese Flucht unter Angabe einer ganzen Anzahl von Einzelheiten.

Die russische Regierung meldet am 7. August über die Kriegslage:

Bei der Station Sjadowo bei Ostrolenka fanden Kämpfe statt, wobei wir viel Kriegsmaterial an Lokomotiven mit Eisenbahnen und zwei Tanks erbeuteten. Nördlich von Szodra hat unsere Kavallerie den Feind geschlagen. Auf der Krime haben wir die Offiziere ergriffen und Alexandrowitz genommen.

Ablehnung der englischen Vorschläge durch Rußland. — Rußland-polnische Verhandlungen in Wlinsk.

Paris, 8. August. Nach einer Havas-Meldung aus Syth hat die Sowjetregierung von Moskau die englischen Vorschläge entschieden abgelehnt. Man glaubt, daß die Sowjetregierung sich weigern, die angebotene Waffenruhe anzunehmen, weil sie Zeit gewinnen wollte, Warschau einzunehmen. Es scheint, daß eine Verschärfung der Blockade gegen Rußland in Aussicht steht.

Man berichtet, daß die polnischen und die bolschewistischen Delegierten sich am Mittwoch in Wlinsk treffen werden, denn es sei vorzuziehen, daß die Polen und die Bolschewisten sich untereinander allein verständigen.

Beziehung der Warschauer Außenforts.

Warschau, 8. August. (Havas-Neuer.) Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau und im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weitläufigen Angriff der roten Truppen, um den Vormarsch auf die Stadt zu versuchen.

Berlin, 8. August. Nach einer Times-Meldung stehen die nördlichen Außenforts der Festung Warschau seit Freitag früh unter dem Feuer russischer Geschütze. Die polnischen Batterien erwidern das Feuer. Nördlich von Warschau haben sich Kämpfe zwischen der russischen Nordarmee und den polnischen Verteidigungskräften entwickelt.



Ein großer Sieg Wrangels?

Paris, 7. August. Havas meldet aus Konstantinopel: Die Note Armes ist von General Wrangel vollständig geschlagen worden, sie wird von Truppen Wrangels verfolgt, die große Beute gemacht haben, darunter mehr als 1000 Gefangene, mehrere Panzerautos und Panzerzüge, sowie 250 Maschinengewehre.

Nach einer Reutersmeldung berichtet Wrangel, daß im Laufe der letzten Woche den Bolschewisten 4000 Gefangene, 39 Geschütze, 150 Maschinengewehre, 4 Panzerzüge und große Mengen Kriegsmaterial abgenommen worden seien.

Rundgebungen für die Neutralität.

Bossum, 9. August. Eine von den sozialistischen Parteien aller Richtungen, den freien Arbeiter und Angestelltengewerkschaften und der Arbeiterunion einberufene Massenversammlung protestierte gestern auf dem Marktplatz gegen die Vergewaltigung Rüsterhansens. Redner der drei sozialistischen Parteien verlangten die sofortige Einstellung aller Truppen, Waffen- und Munitionstransporte, die der Niederringung von Rußland dienen sollten. Von der Regierung forderte die Versammlung peinlichste Beachtung der von ihr proklamierten Neutralität. Wenn die Regierung dieser Forderung nicht nachkomme, so werde das Proletariat mit dem sofortigen Generalstreik antworten. Nach der Versammlung begab sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Straßen.

Amsterdam, 7. August. Het Volk meldet, daß die deutsche Besetzung eines gegenwärtig im Rotterdammer Hafen liegenden, nach Danzig bestimmten Dampfers sich geweigert hat, auszuladen, bevor 500 große Kisten, in denen für Polen bestimmtes Kriegsmaterial sein soll, fortgebracht worden seien. Der Kapitän versagte nach Deutschland zu telegraphieren, und wenn es sich bestätigen sollte, daß es sich um Waffen und Munition für Polen handele, die Kisten ausladen zu lassen.

Eine gestörte Rundgebung.

Essen, 9. August. Die für Sonntag anderbaunte Delegiertenkonferenz der sozialistischen Parteien und des Gewerkschaftsbundes des rheinisch-westfälischen Industriegebiets war infolge der Abwesenheit der SPD. nur schwach besucht. Von einer Entscheidung über die Haltung bei einer etwaigen Verletzung der Neutralität und bei einer Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets durch die Entente wurde deshalb Abstand genommen.

Wie der Vorwärts mitteilt, hatten bei den Vorbereitungen die Kommunisten erklärt, daß sie auf dieser Konferenz sowie in den geplanten Rundgebungen für die Räteblutdemonstrationen mitreden. Darauf habe es die SPD. abgesehen, an der Konferenz teilzunehmen.

Neue Aemter für entlassene Offiziere.

Das Reichswehrministerium hat die Ausführungsbestimmungen zum Heeresverminderungsbeehl fertiggestellt. Schon das Kapitel der Fürsorge für die zur Entlassung kommenden Heeresangehörigen gibt ein interessantes Bild von dem, was das Reichswehrministerium sich unter dieser Heeresverminderung vorstellt. Die Fürsorgestellen für die Entlassenen, die mit säkularisiertem Personal besetzt sind, sind zwar angeblich keine militärischen Formationen, unterliegen jedoch in persönlicher Beziehung und für den Dienstbetrieb der Aufsicht des Wehretatskommandos, in dessen Bereich sie sich befinden. Das Personal soll bestehen aus einem Vorsitzenden, der ein ausgeschiedener Stabschef oder Hauptmann sein muß, seinem Vertreter, einem ausgeschiedenen Hauptmann oder Leutnant, und mehreren Wirtschaftsbeiräten. Neueinstellungen sind nach Möglichkeit aus Offizieren, Kapitulant, Beamten und Unteroffizieren zu entnehmen. Die Fürsorgestellen für Entlassene, deren Aufgabe wohlgerichtet nur die wirtschaftliche Unterbringung der Entlassenen für ihr weiteres privates Leben ist, unterliegen sogar in ihren Kassengeschäften der Verwaltung eines Truppenanteils. Selbst Urlaub erhält der Vorsitzende dieser Fürsorgestellen nur vom Wehretatskommando. Die Disziplin in diesen Fürsorgestellen ist echt militärisch organisiert. Der Vorsitzende der Fürsorgestelle kann beispielsweise verfügen, daß auf Fürsorge Entlassene sofort ausscheiden, wenn sie eine ihnen angebotene für sie geeignete Arbeitsstelle ausschlagen. Wer darüber entscheidet, ob diese Arbeitsstelle geeignet ist oder nicht, darüber entscheidet die Vorchrift beziehungsweise keine der Bestimmungen. Diese Fürsorgestellen scheinen vor allen Dingen dazu bestimmt zu sein, standesgemäße neue Aemter für entlassene Offiziere zu schaffen. Die Stellen werden ins Leben gerufen, sobald gerade Offiziere für die Aufgabe, die ihnen gestellt wird, ganz und gar nicht passen. Außerdem wird auch hier wieder alles trefflich vorbereitet für neue reaktionäre Konspirationen und Treiben.

Eine Anfrage an den Minister Koch.

Der Polizeipräsident von Königsberg, Lübbig, der die Verhältnisse in Ostpreußen ja einigermaßen kennen dürfte, hat im Reichstag an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, ob diese gewillt sei, die in Ostpreußen unter dem Namen „Verein für Selbstschutz e. V.“ existierenden Organisationen sofort zu verbieten und dadurch die Provinz vor folgenschweren inneren Erschütterungen zu bewahren und gegen die Organisationen strategisch vorzugehen.

Die Selbstschutzzorganisation steht unter der Leitung des Hauptmanns Bru. Die Leiter und Agitatoren sind ohne Ausnahme Gegner der Republik und berufen sich bei ihrer Werbearbeit auf die ihnen von der Reichsregierung erteilte Genehmigung für Durchführung des Selbstschutzes. Die Regierung hat bisher, obwohl sie auf die innerpolitischen Gefahren des Selbstschutzes bereits hingewiesen worden ist, ein Verbot nicht erlassen.

Professoren der Beamten im Saargebiet.

Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, sind in der Freitagnacht die Beamten im Saargebiet in den Streik getreten. Es handelt sich um einen Proteststreik gegen die Bestimmungen der Regierungskommission im Saargebiet, wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid leisten sollen und wonach diese Kommission das Recht hat, die Beamten innerhalb von sechs Monaten ohne Angabe von Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den Streik begonnen. Die Beamten stellen folgende Hauptforderungen: Die Rechte und Freiheiten, die vor dem 11. November 1918 in Kraft waren, sollen wiederhergestellt werden. Es soll den Beamten gestattet sein, deutschen Organisationen im unbesetzten Gebiet anzugehören. Die Regierungskommission soll Entlassungen von Angestellten nur nach Rücksprache mit der Beamtenschaft vornehmen können. Ferner wird verlangt: Einführung von Betriebsräten, Abbau der Preise

der Lebensmittel und Gebrauchsartikel, ausreichende Besserung mit Kohlen, Ausweisung der landesfremden Wucherer und Schieber und strenge Maßnahmen gegen die einheimischen Genossen derselben und Erleichterung der Einfuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln aus dem unbesetzten Deutschland, sofortige Bildung einer Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts.

Mainz, 9. August. Aller Verkehr mit dem Saargebiet ist noch unterbrochen. Ein einziger Zug unter Leitung französischer Offiziere soll in Mainz eingetroffen sein. Unterwegs waren im Saargebiet fast überall die Weichen aufgerissen und die Signalzeichen zerstört. In Saarbrücken machten deutsche Eisenbahner Miene, die Weiterfahrt des Zuges zu verhindern. Ebenso erklärten die Bahnhofsvorsteher des Saargebiets, wegen der Gefährlichkeit des Transports sich der Weiterfahrt des Zuges zu widersetzen. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß die Eisenbahn unter den Befehl der französischen Besatzungsbehörde gestellt ist.

Polnisches.

Die bürgerliche Presse pflegt im Verein mit der deutschen Regierung alltäglich ein heftiges Warneschrei über polnische Übergriffe zu erheben. Da diese, nicht selten stark übertriebenen oder gar ganz erfundenen Nachrichten — die Schauernachricht von der Ermordung von 17 Gewerkschaftsführern in Graudenz war z. B. blanke Schwindel, wie jeglich von amtlicher deutscher Seite festgestellt werden mußte — lediglich der deutsch-polnischen Verhetzung dienen, hat die deutsche Arbeiterkraft keine Ursache, von ihnen Kenntnis zu nehmen. Die polnische Regierung ist eine bourgeoise Regierung mit imperialistischem Charakter, wie alle andern, und wenn sie mehr Übergriffe und Fehler begeht als andre Regierungen, so liegt das einfach daran, daß das polnische Volk in der hundertjährigen Knechtschaft, in der der Zarismus es gehalten hat, keine Möglichkeit hatte, die Kräfte der eigenen Verwaltung zu erlernen. In letzter Zeit beginnt aber die polnische Regierung, je schlechter es ihr geht, sich um so annähernd nach außen zu gebärden. Wenn sie beispielsweise für sich das Recht fordert, überall in Deutschland ihre Konsulate einzurichten und Deutschland jedes Recht auf konsularische Vertretung verweigert, so muß auch die deutsche Arbeiterkraft, deren Interessen dadurch gleichfalls berührt werden, dagegen Einspruch erheben. Auch das Verlangen der polnischen Regierung, daß die durch den polnischen Korridor gehende deutsche Post, sowie die Bahnpostwagen und Eisenbahnzüge den polnischen Beamten zur Weiterleitung übergeben werden, muß nach den schlechten Erfahrungen, die wir mit der noch längst nicht richtig funktionierenden polnischen Verwaltung gemacht haben, abgelehnt werden.

Persien als englischer Vasall.

Der deutsche Konsul in Teheran, in Täbris, Mustrow, ist bekanntlich von persischen Soldaten erschossen worden, weil er die Herausgabe politischer Gefangener, die man als Volschwärmer beschuldigte und die bei ihm Zuflucht gesucht hatten, verweigerte. Die deutsche Regierung hat nunmehr von der persischen Regierung verlangt, diese aber hat, völlig in der Gewalt der englischen Diktatoren, bisher jede Genugtuung verweigert. Da das persische Volk als solches keinerlei Interesse an einem deutsch-persischen Konflikt haben kann, so zeigt sich hier wieder einmal deutlich, wie der englische Imperialismus auch jetzt noch um seiner Herrschaftsgelüste willen sich nicht scheut, neue Konflikte heraufzubehelzen. Da nun einmal die famose Institution des Völkerbundes existiert, so können seine Delegierten, damit sie nicht ganz beschäftigungslos sind, sich wenigstens dieser Frage annehmen.

Beschlüsse des Exekutivkomitees des Bergarbeiterbundes.

Genf, 6. August. Das Exekutivkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes, das am Freitag nachmittag tagte, beschloß, für die eingetarteten Bergarbeiter Ungarns eine Summe von vierhunderttausend Kronen zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde beschlossen, eine erste Sitzung des Internationalen Komitees am 6. Oktober in London abzuhalten und die vom Bergarbeiterbundes gefassten Entschlüsse über die Kinderhilfeaktion in den vom Kriege betroffenen Ländern sowie die Entschlüsse über die Schaffung einer internationalen Kohlenverteilungsstelle durch Vermittlung des Internationalen Arbeitsamts den Regierungen und dem Rat des Völkerbundes zu übermitteln.

Zur Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn.

Die Wiener Arbeiterzeitung veröffentlicht das Manifest des Sekretärs Timmon vom Internationalen Gewerkschaftsbund an die organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands, in dem der Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes über die Aufhebung des Boykotts gegen Ungarn mitgeteilt wird. In dem Manifest wird betont, daß der Boykott jetzt abgebrochen werden muß, weil die Forderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes voll erfüllt sind, sondern weil die demokratischen Internationalen nicht stark genug sei in ihrem Kampf für Recht und Menschlichkeit. Das Manifest hebt hervor, daß die Arbeiter und Angestellten Deutschlands, der Türkei, Südamerikas und Rumaniens den Boykott mit allen Kräften unterstützen, daß jedoch in verschiedenen Ländern, die nicht direkt an Ungarn grenzen, die Arbeiter nicht die notwendige Kraft ausbilden. Der letzte Grund für den Abbruch des Boykotts liegt jedoch in der Tatsache, daß das Ungarn des weißen Terrors direkt und indirekt durch die Ententeregierungen unterstützt werde. Das Manifest betont schließlich, daß der geführte Kampf nicht umsonst gewesen sei. Die ganze Welt wisse jetzt, was in Ungarn geliehen ist und noch dort vor sich geht. Wenn der ungarische Ministerpräsident seine der ungarischen Arbeiterkraft gemachten Zusicherungen nicht erfüllt, treffe die Verantwortung hierfür die Entente.

Deutschland.

Der Kampf gegen den Preisabbau.

Der Abgeordnete Lecht hat im Reichstag bei der Regierung angefragt, was diese gegen das Vorgehen der deutschen Tuchkonvention, Düsseldorf, zu tun gedenke. Die Tuchkonvention hat mit einem Rundschreiben vom 1. Juli 1920 die deutschen Tuchfabrikanten verpflichtet, den Preisabbau dadurch zu erschweren, daß sie nur 10-5 Prozent Ermäßigungen auf die ab 1. April genannten nachträglichen Preisauflagen für Lieferungen, die nach dem 17. Juni 1920 erfolgt sind, gewähren dürfen. — Außerdem hat in der „Textilwoche“ in Nr. 29 S. 8 der Verband Deutscher Tuchweber seine Mitglieder gezwungen, auf alle schon lange geleisteten Waren jetzt noch nachträglich wesentliche Preisauflagen zu fordern.

Tumult in einer Antifemilienversammlung.

Einen stürmischen Abschluß fand, wie aus Demold gemeldet wird, in Bad Salzungen eine Versammlung des deutsch-völkischen Schutz- und Trugbundes. Der Redner, der ehemalige Reichstagsabgeordnete und bekannte Antifemilienführer Professor Dr. Werner aus Gießen, wurde im Laufe seiner Rede, die mit Anklagen und Vorwürfen gegen die Juden gespickt war, von einem Teil der Versammlungsbesucher derart unterbrochen, daß es ihm nicht möglich war, seinen Vortrag zu beenden. Einige jüngere Teilnehmer drangen auf ihn ein und zerrten ihn vom Platze, wobei ein allgemeiner Tumult einsetzte. Mit Stöcken und Stöcken wurde ein Kampf geführt, wobei auch der Redner übel wegkam. Zahlreiche Besucher, besonders Frauen, bemächtigten sich ein großes Panik.

Ein Großbetrieb ohne Steuerabzug.

Wie der Freiheit aus Ludwigschafen gemeldet wird, hat die Direktion der Anilin- und Sodawerke in Ludwigschafen ihren Arbeitern folgende Erklärung abgegeben:

Ab Jahrtag 32 (13. August) wird bis auf weiteres der Steuerabzug nicht mehr erfolgen. Die bisher abgezogenen Steuerbeträge werden, wenn irgendmöglich, am Jahrtag 32 an die Belegschaft zurückbezahlt. Sollte das jetzige Steuergesetz eine Änderung erfahren, so daß vielleicht später entsprechende Zahlungen verlangt werden, ist die Direktion bereit, erneut mit dem Betriebsrat in Verhandlungen einzutreten.

Der Düsseldorf Schulleistungsbeirat. Die Streikfesselung der freigewählten Verbände und Elternbeiräte in Düsseldorf teilt mit, daß der Schulleistungsbeirat abgebrochen wird, nachdem der Oberbürgermeister die Zulage gegeben habe, daß die städtische Schulverwaltung für die Einrichtung der beantragten weltlichen Übergangsschulen eintreten werde. Gleichzeitig drohen die Beiräte mit einem weiteren Streik in vollem Umfang, falls sie mit ihren Bestrebungen bei den Behörden auf neuen Widerstand stoßen.

Der französische Militärismus in Deutschland. Der Frankfurter Zeitung zufolge forderte die französische Militärbehörde von der Stadt Ludwigschafen die sofortige kostenlose Bergabe einer 11000 Quadratmeter großen Geländestücke zur Errichtung eines Handgranatenwurf-Exerzierplatzes.

Bevorstehende Zurückziehung der Ententetruppen im Osten. Aus Königsberg wird gemeldet: Zwei englische Offiziere, die von Allenstein hier eintrafen, teilten mit, daß voraussichtlich noch in dieser Woche die Kontrollposten abgerufen werden, und daß der Befehl zur Zurückziehung der Besatzungstruppen in nächster Zeit zu erwarten sei.

Nach einer Meldung der Frankfurter Zeitung hat der italienische Botschafter das Auswärtige Amt ersucht, Vorkehrungen zu treffen, daß die italienischen Truppen aus Marlenwerber und Allenstein am 9. August zurückgezogen werden können.

Abtransport italienischer Truppen. Wie das Wollische Bureau meldet, wird der Abtransport der italienischen Truppen der Abtransportgebiete Marlenwerber und Allenstein voraussichtlich am 9. August in drei Zügen stattfinden, die über Schneidemühl, Kattin, Frankfurt a. D., Breslau, Oberberg geführt werden. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich lediglich um den Heimtransport der Truppen handelt, nicht aber um irgendwelche Truppenverschiebungen nach Polen.

Gefängnisaufseherkolonnen in Bayern. Da der Strafvollzug großen Schwierigkeiten begegnet, beabsichtigt, laut München-Augsburger Abendzeitung, die bayerische Justizverwaltung, eigene Aufseherkolonnen mit mehrmonatigem Lehrgang einzuführen, in denen die Gefängniswärter in ihren Beruf eingeführt werden sollen. — Diese Sorge der bayerischen Regierung ist begründet.

Keine Rückkehr Deutscher in ehemalige deutsche Kolonien. Nach einer amtlichen Auskunft der französischen Regierung ist die Rückkehr deutscher Staatsangehöriger in die unter französischer Verwaltung stehenden Teile der ehemaligen deutschen Schutzgebiete gegenwärtig untersagt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Sozialistische Rundgebung für den Anschluß Westungarns an Deutsch-Oesterreich.

Der Wiener Arbeiterzeitung zufolge fanden von den sozialistischen Vereinigungen in Westungarn veranstaltete Versammlungen statt, in denen die erste Durchführung des durch den Friedensvertrag von Saint Germain gewährleisteten Anschlusses des westungarischen Burgenlandes an Deutsch-Oesterreich förmlich gefordert wurde.

Der Widerstand gegen die Musterungen in Böhmen.

Aus Eger wird berichtet: Der Generalstreik in Mähren wird reglos durchgeführt, doch ist die Meldung von einem Streik in Eger unrichtig. Die Bezirksverwaltung in Eger hat eine Rundgebung erlassen, wonach die bisher von der Stellung Ferngebliebenen aufgefordert werden, sich sofort freiwillig zu stellen, worauf ihnen eine milde Bestrafung zugesichert wird. Daraus ist die heute Stellungspflichtige in großer Anzahl erschienen. Die Industriorte Passau, Kojbach und Neuberg haben sich heute dem Generalstreik angeschlossen.

Vom irischen Kriegsschauplatz.

Im englischen Unterhause erklärte Lord Georae, daß im Monat Juli von den irischen Aufständischen im Ganzen 15 Volschützen, vier Militäropfer sowie drei Zivilisten getötet und 30 Volschützen, 22 Militäropfer und fünf Zivilisten verwundet worden sind. Die Terroristen in Irland bilden eine schwache Widerband. Der gemästete Teil des Volkes werde in solchem Maße terrorisiert, daß er es nicht wage, seinen Überzeugungen Ausdruck zu geben. Darin liege die Schwierigkeit in Irland. In den letzten Tagen hätten sich in dessen Ansehung geltend gemacht, daß die gemästete Richtung in Irland sicherer zu werden beginne.

Der Wortlaut der Gesetzesvorlage über die in Irland zu ergreifenden Maßnahmen ist veröffentlicht worden. Nach der Vorlage ist die Anwendung der Reichsverhaftungs-Akte auf Irland, insofern sie sich auf die Einleitung von Standesurteilen bezieht, anzuheben. Für den Fall, daß dem Beschuldigten ein mit Todesstrafe bedrohtes Verbrechen zur Last gelegt wird, soll in dem Standesgericht auch ein Jurist sitzen.

Das italienisch-albanische Abkommen ratifiziert.

Nach dem Corriere della Sera hat der italienische Ministerrat gestern das italienisch-albanische Abkommen über Valona ratifiziert. Dazu schreibt der parlamentarische Mitarbeiter des genannten Blattes, daß das Urteil der Deputierten über diesen in aller Eile geschlossenen Vertrag kein günstiges sei. Die konstitutionellen Deputierten und die Mitglieder der Volkspartei bewerten offen die von Giolitti getroffene Lösung, welche die Nationalen bitter enttäusche.

Keine „bolshewistische Revolution“ in Norwegen.

Nach Meldungen verschiedener Blätter soll in einzelnen Teilen Norwegens die bolshewistische Revolution offen zum Ausbruch gekommen sein. In Drammen sei die kommunistische Republik proklamiert worden. Die Regierung habe die sofortige Militarisierung der Eisenbahn beschlossen und erwäge die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Land. Wie das Norwegische Telegraphenbureau erklärt, beruhen diese Meldungen auf freier Erfindung. Im ganzen Lande herrsche vollkommene Ruhe.

Von Nah und Fern.

Schweres Grubenunglück.
Dortmund, 9. August. (U.) Gestern vormittag 8 Uhr röh auf der Zeche Kaiserstuhl das Förderseil. Der Förderkorb stürzte etwa 350 Meter in die Tiefe. 25 Bergleute erlitten den Tod.

Eisenbahnunglück in Italien.
Rom, 9. August. Der Expreszug Rom-Udine-Triest ist entgleist. Fast alle Wagen stürzten um. Es gab fünf Tote und zahlreiche Verletzte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Friedrich Viller, Vorabdrück-Verlag.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Unwillkürliche Bekanntmachungen.

Maul- und Klauenfische ist im Stillsatz Leipzig-Döfen ausgebrochen. Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Viehwuchengesetz und § 41 der lästlichen Ausführungsvorschriften vom 7. April 1912 wird das Gebiet des Stillsatzes als Sperrbezirk und der Ortsteil Döfen als Beobachtungsgebiet bestimmt.

7000 Mark Belohnung!

Aus einer Wohnung in der Frigischestraße sind zwischen dem 2. und 4. August d. Js. durch Einbruch gestohlen worden: Herrenanzüge, darunter ein neuer blauer (Hersteller Krebbsmar, Leipzig), ein neuer brauner, ein neuer grauer, ein grünlich brauner Jacketanzug, ein fast neuer Tuilawag (Hwarsgrau), ein Frackanzug, ein Smoking, ein Gehrock nebst Hose und ein schwarzer Sommerpaletot, die Namen der Hersteller Friedr. Frigische (Wurzen) oder Herrmann Köpfe (Wilsch) tragend. Herrenwäsche, ungewaschen, sowie K. S. gewaschene Tischentwüder, Damentücher, darunter ein neues schwarzes Damentischtuch, Damen- Leibwäsche, Tisch- und Bettwäsche, teils K. K. und K. S., teils nicht gewaschen. Herren- und Damentiefel, Marke 'Salomander', Silber: 6 silberne Frühstücksgabeln, 6 silberne Kaffeelöffel, Schmutz, darunter ein Brillantkoller aus Watin und 3 Brillanten bestehend, 2 goldene Damenuhren, eine mit K. graviert. Ferner einige Flaschen Wein, Cognak sowie Zigarren und Zigaretten verschiedene Lebens-

mittel u. a. mehr. — Gesamtschaden etwa 70000 Mark. Auf Wiedererlangung werden vom Beschädigten 10 Prozent vom Werte des Wiedererlangten als Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung zu K. R. V. V 2356/20, Leipzig, den 7. August 1920. Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Spurkasse Borsdorf. Tägliche Vorlesung 3 1/2 Proz. ...

Vorläufige Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohne vom 21. Juli 1920 (Reichs-Gesetzesbl. S. 1463).

Auf Grund des Artikel 3 des Gesetzes zur ergänzenden Regelung des Steuerabzugs vom Arbeitslohne vom 21. Juli 1920 in Verbindung mit §§ 45, 52 des Einkommensteuergesetzes werden bis zum Erlasse der endgültigen Ausführungsverordnungen die Bestimmungen über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohne für das Rechnungsjahr 1920 vom 21. Juli 1920 Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 882) wie folgt geändert:

- 1. An die Stelle des § 1 treten die folgenden Bestimmungen:
§ 1. (1) Jeder Arbeitgeber hat den ständig von ihm beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 vom Hundert des Betrags einzubehalten, um den der auszahlende Arbeitslohn
a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen 5 Mark für den Tag,
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen 30 Mark für die Woche,
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten 125 Mark für den Monat übersteigt.

Table with 2 columns: Teil des Arbeitslohns, wenn dieser Teil mehr als, and corresponding amounts in Mark.

(2) Inwieweit der Arbeitslohn auf das Jahr umgerechnet und nach Berücksichtigung des § 1, Abs. 1, 2 die im Abs. 1 bezeichneten Grenzen übersteigt, hat der Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung festzustellen.

- § 1b
(1) In Betrieben, in denen mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigt sind, kann der Arbeitgeber im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung bis zum 1. September 1920 an Stelle der gemäß § 1, Abs. 1, 2 und § 2, Abs. 8 festzusetzenden Beträge die folgenden Durchschnittsbeträge vom Steuerabzuge freistellen:
1. Bei allen in dem Betriebe ständig beschäftigten Arbeitnehmern, die nicht dauernd von ihrer Ehefrau getrennt leben oder zu deren Haushaltung minderjährige Kinder zählen.
a) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Tagen einen Betrag von 12 Mark für den Tag,
b) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Wochen einen Betrag von 75 Mark für die Woche,
c) im Falle der Berechnung des Arbeitslohns nach Monaten einen Betrag von 300 Mark für den Monat.

(2) Der gegenprozentige Abzug ist nur von dem Betrage vorzunehmen, um den der Arbeitslohn die im Abs. 1 bezeichneten Durchschnittsbeträge übersteigt.

- § 1c.
(1) Jeder Arbeitgeber hat den nicht ständig (§ 1) vom Beschäftigten Arbeitnehmern bei jeder Lohnzahlung 10 vom Hundert des von ihm auszahlenden Arbeitslohns einzubehalten, es sei denn, daß der Arbeitnehmer eine Bescheinigung des Finanzamts vorlegt, nach der der Arbeitgeber einen anderen Hundertsatz vom Arbeitslohn einzubehalten hat. Die Bescheinigung wird dem Arbeitnehmer auf Antrag von dem für seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthaltsort zuständigen Finanzamt ausgestellt; das Finanzamt ermittelt den Hundertsatz nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des steuerpflichtigen Arbeitseinkommens des Arbeitnehmers (§ 20 des Einkommensteuergesetzes). Dabei hat das Finanzamt den mutmaßlichen Jahresbetrag des Arbeitslohns für das Kalenderjahr 1920 zu berücksichtigen und unter Berücksichtigung der nach § 20 des Einkommensteuergesetzes steuerfreien Einkommensteile die Einkommensteuer nach § 21 dieses Gesetzes zu berechnen. Der jeweils einzubehaltende Hundertsatz ergibt sich aus dem Verhältnis dieser Einkommensteuer zu dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Arbeitseinkommens.
(2) Das Finanzamt kann auf Antrag für bestimmte Gruppen von unständigen Arbeitnehmern im Einvernehmen mit den beruflichen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen einheitlichen Hundertsatz festsetzen, der nach dem mutmaßlichen Jahresbetrage des Arbeitslohns unter billiger Berücksichtigung eines durchschnittlichen steuerfreien Einkommensteils festgesetzt wird. Der festgesetzte Hundertsatz ist durch das Finanzamt bekanntzumachen.

§ 1d.
Bei Arbeitnehmern, die das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohne nicht statt.
2. An die Stelle des § 2 treten die folgenden Bestimmungen:
§ 2.
(1) Als Arbeitslohn gelten — vorbehaltlich der Abzüge nach Abs. 3 — alle in Geld oder Geldwert bestehenden einmaligen oder wiederkehrenden Vergütungen für Arbeitsleistungen der in öffentlichen oder privatem Dienste angestellten oder beschäftigten Personen, insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Kontingente, Gratifikationen oder sonstiger Benennungen für Arbeitsleistung, gewährte Bezüge sowie Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

(2) Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist bei Bemessung des einzubehaltenden Betrags zu berücksichtigen. Den zu berücksichtigenden Wert hat das Finanzamt für seinen Bezirk nach Vereinen mit den Berufs- und Fachvertretungen auf Grund der örtlichen Mittelpreise unter billiger Berücksichtigung etwaiger besonderer Verhältnisse festzustellen und bekanntzugeben. Soweit bei das Finanzamt für seinen Bezirk den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem ab der ihm festgestellte Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge bei Ermittlung des vom Arbeitslohn einzubehaltenden Betrags zu berücksichtigen ist, bis zu diesem Zeitpunkt ist der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohnstärkenvereinbarungen ergibt. Wegen solcher Vereinbarung nicht vor, so ist der Wert der Natural- oder sonstigen Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Finanzamt nach § 100 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festsetzt hat. Jedoch ist bis zur Festlegung durch das Finanzamt als Wert von Natural- und sonstigen Sachbelegen kein höherer Betrag als 5 Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzunehmen.

(3) Die Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Unfall-, Jubiläum- und Gewerkschaftenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionen sowie Beiträge zu öffentlich-rechtlichen Berufs- oder Wirtschaftsverträgen können vom Arbeitslohn abgezogen werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten der Arbeitnehmer verrechnet werden; sonstige Beiträge, insbesondere für Werbungskosten, haben nicht zu erfolgen, es sei denn, daß der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber eine Bescheinigung des Finanzamts über den Betrag der abzugsfähigen Werbungskosten vorlegt.
(4) Als Arbeitslohn im Sinne des Abs. 1 gelten insbesondere nicht:
1. Entschädigungen, welche nach ausdrücklicher Anordnung oder Vereinbarung zur Verteilung des durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwandes gewährt werden. Entfällt eine Vergütung für Dienstleistungen neben dem Arbeitslohne, zugleich eine Entschädigung für den durch den Dienst oder Auftrag veranlaßten Aufwand, so kann der Arbeitnehmer die Entscheidung über die Verteilung des Aufwandes oder gewöhnlichen Aufwandsorts zuständigen Finanzamts darüber beantragen, welcher Teil der Vergütung als Arbeitslohn anzusetzen ist. Das Finanzamt erteilt dem Arbeitnehmer hierüber eine Bescheinigung, die den Arbeitgeber bindet;
2. Die auf Grund der Militärpensions- und Versorgungs-gesetze bezogenen Bestimmungen, Kriegs-, Kautions-, Alters- und Teuopensionen, Pensions- und Rentenerhöhungen, ferner die von ehemaligen Kolonialbeamten bezogenen Teuopensionen;
3. sonstige Versorgungsbeiträge von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen, die auf Grund eines infolge eines Krieges erlittenen Dienstbeschädigung eines Kriegsteilnehmers bezogen werden;
4. die Naturalbezüge der Angehörigen der Wehrmacht (Reichsmeer- und Reichsmarine);
5. Beiträge aus einer Krankenversicherung.

§ 2a.
Soweit die Auszahlung des Arbeitslohns aus einer öffentlichen Kasse erfolgt, gilt diese als Arbeitgeber im Sinne dieser Bestimmungen.

§ 2b.
Der einzubehaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden; in allen übrigen Fällen ist der einzubehaltende Betrag auf volle Mark wenig nach unten abzurunden. In den Fällen des § 1c Abs. 2 kann das Finanzamt eine Abminderung auf volle Mark nach unten zulassen.

§ 18.
Die näheren Anordnungen zur Durchführung der Bestimmungen zu § 1 und § 2 erläßt das Finanzamt; sie entscheiden in Zweifelsfällen endgültig und sind berechtigt Abweichungen von den vorgelegten Mustern auszulassen.
Berlin, den 28. Juli 1920.
Der Reichsminister der Finanzen.
Dr. Wirth.

Sie vorstehenden Bestimmungen werden mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß der bei der Bemessung des einzubehaltenden Betrags zu berücksichtigende Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge dem Finanzamt nach festgesetzt und zusammen mit dem Termin, von dem ab der festgestellte Wert dieser Bezüge zu berücksichtigen ist, bekannt gegeben wird.
Leipzig, am 7. August 1920.
Das Finanzamt (Verkehrssteuereinnahme).

Phot. Vergrößerungen in künstlerischer Lebenswahrer Ausführung fertigt als Spezialität preiswert Proessorf Leipzig: Bayersche Str. 41.

Glasscheiben aller Art im Aufschnitt bis Spiegelgläser jeder Größe ... A. Glascher, Tel. 13990.

Kaufgefuche Alle Wäsche neu und ... Kaufgefuche

Militär - Wäsche ... kauft Wadowitz, ieb. Maria Windmühlentz. 33. I. Tel. 15 475

Achtung! Lumpen Strumpfwolle Metalle Weinsäcken Seifensäcken kauft R. Hoffmann Spichernstr. 8 Sonnabds. geschlossen

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Utt-Leipzig. Ausflug nach Wahren, Alter Galkhof. Die Kinder unter Genossen treffen sich am Dienstag, dem 10. August, früh 9 Uhr am Königslas. Mitgliedsbuch oder blaue Karte ist mitzubringen. Die Spilleitung.

Löhnig-Dölich-Döfen. Mittwoch, den 11. August. Besuch des Puppen-theaters im August-Schmidt-Haus. Handel im Gild. Karten für Kinder 75 Pfg., für Erwachsene 1 Mk. einschließlich Strassenbahnfahrt. Auftreten: Löhnig 3 Uhr Meervelding, Dölich 3 Uhr Strassenbahnhof. Karten an den bekannten Stellen.

Plagwitz-Lindenau-Schleusig. Mittwoch, 11. August. letzter Ausflug mit Musik für Kinder nach dem Bism. Abmatisch früh 7 Uhr von der Schafwiese. Choerrat für den ganzen Tag ist mitzubringen. Der Vorstand.

Thonberg-Neureubitz. Mittwoch, 11. August. Hof Probsteiba. Befestigung für jung und alt. Abmatisch 1/2 Uhr von der Schule, Lorchstraße. Kinderkarten können nur noch heute abend bis 8 Uhr in der Bibliothek entnommen werden.

Böhlich-Chrenberg. Dienstag, den 10. August. abends 1/8 Uhr. Mitgliederversammlung in der Großen Ecke. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Klinks über das Thema: Der wirtschaftliche Zusammenbruch im Reich. 2. Parteiangelegenheiten. Sonntag, den 15. August. Waldost im Bismig. Stellen 1 Uhr am Wallerturm. Erledigen aller ist Pflicht. Der Vorstand.

Intern. Bund der Kriegsopfer Deutschlands Ortsgruppe Leipzig

Dienstag, den 10. August, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Ortsgruppenleitung Die Rechtsberatung findet vom 11. August an im Bureau, Hauptbahnhof 8, täglich abends 5-7 Uhr, Sonnabends 3-5 Uhr statt. Der Schriftverkehr ist an den Vorsitzenden, K. Arschmar, Leipzig, Körnerstr. 11, Kassenangelegenheiten an den Hauswart Herr R. Böber, Nordstraße 10, zu richten. Abonnenten berücksichtig bei Euren Einläufen die Inserenten der Leipziger Volkszeitung.

Verband der Gemeinde-u. Staatsarbeiter Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftszeit: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstags und Freitags 4-6 Uhr nachmittags.

Dienstag, 10. August, abends 1/6 Uhr, im großen Saal des Volkshauses Versammlung der Arbeiterschaft aller städtischen Betriebe Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission des Gesamtbetriebsrates über die Verhandlungen mit dem Rat wegen der Arbeitszeitverlängerung. 2. Beschlusstesenes. Zutritt zu dieser Versammlung haben nur in städtischen Betrieben beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das vollständige Erscheinen der Beschäftigten. Die Ortsverwaltung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. August.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung und Gewerkschaftsausschuss.

Donnerstag, den 12. August, nachmittags 5 Uhr im Volkshaus, Zimmer Nr. 9, wichtige Sitzung der Parteileitung und des Gewerkschaftsausschusses...

Der Bezirksvorstand U. S. P.

Mit-Beipzig, Bezirk Oken. Die Arbeitsgemeinschaft tagt regelmäßig Dienstagabend, 7 Uhr, im Restaurant „Goldner Ring“...

Ortsklub Selterhausen. Alle Genossen, die sich zum Ortsklub gemeldet haben, und solche, die sich noch melden wollen, treffen sich Mittwoch, 7 Uhr, im Rest. Selterhausen...

Stättlerth. Dienstag, den 10. August, abends 8 Uhr, bei Herrn: Funktionärsklub. Alle Funktionäre, Betriebsobleute und Eisenräte müssen erscheinen.

Ortsverein Paunsdorf. Dienstag, abends 1/8 Uhr, Funktionärsklub im Bibliothekshaus. Erscheinen aller ist notwendig.

Die Braunkohlfelder rund um Leipzig.

Nach dem Kohlenabkommen von Spa wird Deutschland in noch stärkerem Maße als bisher auf die Verwendung von Braunkohle angewiesen sein. Nun befinden sich in unmittelbarer Nähe rings um Leipzig Braunkohlfelder...

In diese Gebiete im Süden Leipzigs schließt sich ein breiter Gürtel rings um die Stadt an, in dem Braunkohlfelder geborgen sind. Um diese Flächen für die Zukunft dem Abbau zu sichern, sollen sie von der Besiedelung ausgeschlossen werden...

Am 4. August waren die Vertreter der betroffenen Gemeinden zu einer Besprechung nach Leipzig eingeladen, in der von einem Regierungsvertreter das Kohlenprojekt erläutert wurde.

Die Kollage der Hebammen.

Die Vereinigung deutscher Hebammen hat auf ihrer Delegiertenversammlung am 27. und 28. Mai in Weimar beschlossen, in ganz Deutschland einheitliche Preise zu fordern.

und 150 M. schwankt. Auch der Verein Leipziger Hebammen hat sich nunmehr diesem Vorgehen angeschlossen...

Die weiteren Schuldigen, die bis jetzt ebenfalls eine erstaunliche Ruhe in Bezug auf das Hebammenwesen aufgebracht haben, sind die Einzelstaaten und die Gemeinden.

So ist den sächsischen Hebammen durch Ministerialverordnung von 1918 und 1919 zugestanden worden, die Gebührensätze bis auf weiteres um die Hälfte zu erhöhen...

Die Unterhaltungen waren denn auch äußerst „notdürftig“. So wurden in Leipzig im Jahre 1918, bei einer Gesamtzahl von 104 Hebammen, an 86 Hebammen 4775 M. ausgezahlt.

Wer aber nun glaubt, daß die Behörden Einsichten gehabt hätten, der kennt sie noch nicht. Der Beschluß der Hebammen liegt bereits ein halbes Jahr zurück und bis heute ist weiter nichts geschehen...

Wie für die Kinder gefallener Helden gesorgt wird?

Denkt an die großen Töne von den Helden, die für das Vaterland starben, denkt an die heiligen Versprechungen, daß ihr Angehörigen keine Not leiden sollen.

Der Vater meines drei Jahre alten Kindes fiel in diesem elenden Krieg im April 1918. Bis Dezember 1918 erhielt ich für mein Kind die übliche Unterstützung...

Ob der Rat der Stadt nicht ein bißchen Druck auf die Erledigung des Rentenverfahrens machen könnte, soll nicht erörtert werden.

Mängel in der ärztlichen Hilfeleistung. Ein in der Bismarckstraße wohnender Arbeiter wurde am vergangenen Freitag von der Arbeit weggeholt, weil seine Frau schwer erkrankt sei.

Aus den Kartoffelkisten. Man nimmt Kenntnis von dem obliegenden Urteil in der Klage des Privatmanns Karl Nuhn gegen die Stadtgemeinde.

Die hohen Kartoffelpreise. Der Rat schreibt uns: „Zu der Notiz über den hohen Kartoffelpreis ist zu bemerken, daß der Erzeugerpreis für die Kartoffeln, die jetzt zur Verteilung kommen...

Eine Opernpremiere vor 200 Jahren.

Nach dem Französischen.

(Schluß.)

Der Vorhang hob sich majestätisch, und man bewunderte in dem Boudoir der Juno, das ihr la Motte verstehen hatte, einen halbkreisförmigen französischen Edelmann...

Während drangen drei oder vier Gottheiten durch den Halbmond irdischer Erhabenheit und eilten auf die Szene. Das ging aber nicht ohne Unfall.

„Das ist niederträchtig, das ist schändlich! Der Störenfried muß hinaus!“ Schrie er ins Barterre hinab und schlug dabei auf das Singspiel der Loge...

„Unmöglich! Unmöglich!“ riefen hundert Stimmen, „Sie können jetzt nicht durch.“

„Aber, ich bitte Sie, meine Herren, ich bin nicht gewöhnt, im Stehen zu schlafen.“

„Wacht! Wacht!“ rief la Motte und schlug auf die Brustung der Loge, wie ein Volkstribun auf das Rednerpult.

„Sagen Sie lieber: befreit ihn! Herr Dichter. Meinte dreißig Sous lasse ich gern im Stich.“

Lautes Gelächter erscholl im Barterre, und da Lachen selbst den Unwillen beschwichtigte, drängte man sich zusammen, um den gelangweilten Zuschauer hinaus zu lassen.

Die gelangweilten Zuschauer auf der Bühne verflüchtigten sich beizeiten, und während einige sich in die Logen begaben, folgten

andere den Sängerinnen und Tänzerinnen, um ihnen beim Auskleiden behilflich zu sein.

Unterdessen kämpfte das Publikum die Meinungen über das Stück in seiner Weise aus. „Dichter heraus!“ schrien einige, „Komponist heraus! Dichter nach La Trappe!“ riefen andere.

Das Publikum dachte nicht mehr an Stück und Schauspieler, sondern verließ lachend das Theater, froh, am Ende doch noch einigermaßen auf seine Kosten gekommen zu sein.

Kleine Chronik.

Altes Theater. (Mit-Beideberg.) Leipziger Bourgeoisie rüstet zur Weile! Auch geistig! Eine Bühne, die sich etwas auf ihre literarischen Angewohnheiten zugute hält und ernst genommen werden will...

gelingen ist, mit dem allerdings immer noch hofen Preise von 60 Pf. der noch höheren Preis von 1 Mk. und mehr für das Pfund zu heftigen, und das seit 7 Pfund Kartoffeln verteilt werden können, ein Satz, der von keiner Großstadt bis jetzt erreicht worden ist. Ein Senken des Erzeugerpreises wird selbstverständlich auch ein Senken des Konsumpreises in Leipzig zur Folge haben. Die Hauptsache aber muß immer bleiben, daß der Bevölkerung die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Kartoffeln zur Verfügung stehen.

Der Verein selbständiger Straßenhändler schreibt uns: Im Laufe der Zeit haben viele Leute den Straßenhandel zum Beruf erkoren. Viele Klagen werden vom Publikum nun hörbar, zu Ungunsten des Straßenhandels. Die im Besitze des Handelszeichens im Umherziehen mit Obst und Gemüse befindlichen Straßenhändler sind zur Wahrung ihrer Interessen fast rechtlos organisiert; an den Wagen ist deutlich sichtbar ein Schild befestigt mit der Aufschrift: "Verein selbständiger Leipziger Obst- und Gemüsehändler, Mitglied-Nr. ..." Dem kaufenden Publikum ist Gewähr gegeben, bei Händlern, die das Schild am Wagen haben, vorteilhaft zu kaufen und reell bedient zu werden. Die Mitgliedsnummer, die der Polizei im Falle einer Heberleiung des Händlers bekanntgegeben wird, sorgt dafür, daß die Straßenhändler für Obst und Gemüse, die im Besitze der Handelslaubnisse sind, sich nicht untauglicher zu schulden kommen lassen.

Messeplanänderung. Aus Anlaß der Sechsmustermesse werden folgende Messeplanänderungen eingebracht: Ausstellungsplatz für die Zeit vom 12. August bis 7. September, im Städtischen Kaufhaus und im Handelshaus für die Zeit vom 28. August bis 4. September, auf dem Messeplatz für die Zeit vom 28. August bis 2. September. Dienststunden werden abgehalten: Werktags von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, Sonntags von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Eine Versammlung der Kaufmannskammer findet am Mittwoch nachmittags 3 Uhr, im Sanssouci statt.

Der Steuerzahler. In der vorliegenden Nummer werden vom Finanzamt Leipzig die vorläufigen Bestimmungen über den Steuerzugang veröffentlicht, auf die wir besonders hinweisen.

Angang der Wild-Weiß-Schau. Direktor Stoll-Gorjanski denkt an kommenden Freitag einen Umzug durch Leipzig zu unternehmen, an dem seine gesamte Wild-Weiß-Schau beteiligt sein wird. Die in Frage kommenden Straßen werden noch bekanntgegeben.

Die Reichs-Zentrale für Seidenkamm-Industrie, Leipzig, Uferstraße 18. II., gibt im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zur Spinnstoffvermehrung Ungaria-Kaninchen zu gewissen Bedingungen an ernsthafte Züchter kostenlos ab; sie schreibt uns dazu: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Ungaria-Zucht liegt darin, daß sie 1. dem Züchter außer dem Erlös an Fleisch und Fell durch die Wollgewinnung eine sehr sichtbare Nebeneinnahme verschafft, 2. der Industrie in absehbarer Zeit regelmäßig größere Mengen Wolle zuführt und 3. die Allgemeinheit mit Fleisch und Felleinprodukten versorgen kann, denn es steht fest, daß das Ungaria-Haar infolge seiner Weichheit und Feinheit, seiner Leichtigkeit und schönweißen Farbe für die Textil-Industrie besonders wertvoll ist.

Lebensmittelkatalog für Dienstag, den 10. August.

- Für Haushaltungen.**
 Anmeldung, Teigwaren: Letzter Tag — abzugeben 17 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (250 Gramm), Zusatzlebensmittelkarte A für Arriseggefangene (250 Gramm), Fleischwaren: Reihe C 1-8 (100 Gramm).
 Hahnenfleisch: Letzter Tag — abzugeben 18 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (250 Gramm).
 Erbsen: Letzter Tag — abzugeben 10 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (125 Gramm).
 Ausgabe: 40. Kartenausgabe: Nr. 1-200.
 Lebensmittelkarten für Schanzwirte und Konditoren: Ausgabe Stadthaus, Zimmer 822, Buchstaben J-Q.
 Kohlenkarten für Hintermieter: Ausgabe im Kohlenamt, Garbestraße 3, Buchstaben H-Hr des Vermieters.
 Gruppen oder Raismehl oder Buchweizengröße und Erbsen: Letzter Abholungsstag.
 Hahnenfleisch: Letzter Abholungsstag.
 Nährmittel für Kinder bis zu zwei Jahren: Beginn — besteht mit N 3, M 3, N 3, Z 3 der Lebensmittelkarten S 1, S 2, S 3.
 Nährmittel für Schwangere: Beginn — besteht mit N 3 der Sonderlebensmittelkarte für Schwangere usw.
Für Händler.
 Butter und Schmalz: Bezugskartenablieferung.

Polizeinacht.

Einbruch in eine Wohnung in der Frühlingsstraße, 7000 VII. Belohnung! Nach einer amtlichen Bekanntmachung in dieser Nummer ist in der Frühlingsstraße in Leipzig-Gohlis eine Wohnung, deren Inhaber zur Zeit abwesend ist, in aller Ruhe ausgeraubt worden.

vor dem hohen Kasse (in Gestalt heiliger Meßkelche) in der heilighöllischen Beleuchtung der süß-lauen Würstchen, morselich geruchserfüllt, erscheinen. Und dafür diese Anstrengung, die ausgezeichneten Leistungen schauspielerischer Art an einen Schmarren verschwendet. Besonders die Typen Fritz Keiffs, Karl Gatz und Karl Huths waren hervorragend. Die Studenten sahen uns natürlich intelligent aus. Ly.

Städtisches Theater. Am Dienstag beginnt wieder der regelmäßige Opern-, Schauspiel-, und Operettenbetrieb im Neuen, Alten und Operetten-Theater.

Sozialistischer Rede- und Lesabend. Donnerstags, abends 7 1/2 Uhr, Braustraße 17. Diskussion über das Thema: Staat und Individuum.

Eine Tat der Berliner Volkshilfe. Der künstlerische Ausschuß der Volkshilfe, Berlin, hat sich für die Aufführung von Kurt Eisners "Götterprüfung" in der kommenden Spielzeit entschieden. — Wir hatten vor einigen Tagen die Ausführung als Pflicht der Berliner Volkshilfe bezeichnet, aber die Möglichkeit wegen ihrer Kompromittur bezweifelt. Um so besser, wenn diese Besetzung nicht zutrifft.

Wochenspiellplan.

Neues Theater. Montag 7 1/2 Uhr: Hamlet; Dienstag, 7 Uhr: Der Freischütz; Mittwoch, 7 Uhr: Wenn ich König wär; Donnerstag, 7 Uhr: Fidelio; Freitag, 7 Uhr: Figaros Hochzeit; Sonnabend, 7 Uhr: Der Rosenkavalier; Sonntag, 1/2 6 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg.

Altes Theater. Montag geschlossen; Dienstag, 1/2 8 Uhr: Königin Christine; Mittwoch, 1/2 8 Uhr: Alt-Heidelberg; Donnerstag, 1/2 8 Uhr: Struensee; Freitag, 1/2 8 Uhr: Die Journalisten; Sonnabend, 1/2 8 Uhr: Meine Frau, die Hofschäuspielerin; Sonntag, 1/2 8 Uhr: Der Liebestrank.

Neues Operetten-Theater. Montag, 1/2 8 Uhr: Die Faschingsfee; Dienstag, 1/2 8 Uhr: Die schöne Helena; Mittwoch, 1/2 8 Uhr: Eine Nacht in Venedig; Donnerstag, 1/2 8 Uhr: Die Garbarschmiedin; Freitag, 1/2 8 Uhr: Eine Nacht in Venedig; Sonnabend, 1/2 8 Uhr: Titosbaronech; Sonntag, 3 Uhr: Die Fledermaus, (B. B.), abends 1/2 8 Uhr: Die Faschingsfee.

Leipziger Schauspielhaus. Montag bis Sonnabend, 1/2 8 Uhr: Zwangsquartierung; Sonntag, 1/2 4 Uhr und 1/2 8 Uhr: Zwangsquartierung; Montag, Dienstag, 1/2 8 Uhr: Zwangsquartierung.

Leipziger Volkshilfe. Montag, 1/2 8 Uhr: Ayrig-Prinz E. A. (Serie 24); Dienstag bis Sonntag, abends 1/2 8 Uhr: Ayrig-Prinz (Serie 26, 28 und 1 bis 4).

morden. Einen großen Posten bereits zum Verschaffen zur Verfügung gestellter Sachen haben die Einbrecher vermutlich nicht mit fortgebracht oder sie sind gestohlen worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Karren und Verbrecher!

Am Sonnabend berichteten wir, daß in der Nähe von Zwickau ein Auto mit Bewaffneten festgehalten wurde, bei denen Pistolen, Revolver und Pistolen gefunden wurden, in denen zur Ausübung der Räuberei aufgefördert wurde. Wir kritisierten daran die Vermutung, daß es sich nur um Karren handeln könne, die in eine Kalkwasserheilanstalt gehören oder aber, was wahrscheinlicher sei, um das Werk von Provokatoren und Spione.

Das Ziel der Leute war, wie jetzt bekannt wird, Falkenstein. Dort sollte die Behörde überzumpelt und der Bevölkerung folgendes durch Anschlag verurteilt werden:

Bekanntmachung.

An die Einwohner Falkensteins und Umgegend! Zur Begehung der Revolution und zum Schutz des Proletariats sind wir gezwungen, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Das Stadtparlament gilt als aufgelöst.
2. Bis mittags 12 Uhr sind sämtliche Stroh- und Schuttwaffen abzuliefern. Abzugeben in das städtische Magazin.
3. Bedrohung oder gar Tötung eines Rotgardisten wird unverzüglich mit dem Tode des Erschlegens bestraft. Ist der Täter nicht festzustellen, sind die Gesellen haftbar.
4. Sämtliche Transportmittel (Autos, Motorräder, Fahrräder, Betriebskraftwagen) sind dem Rotgardienrat zur Verfügung zu stellen.
5. Photographieren und Skizzieren jeglicher Art gilt als Spionage und wird dementsprechend bestraft.
6. Raub, Mord, Brand, Diebstahl, überhaupt jegliches Vergehen gegen das Eigentum wird mit dem Tode durch Erschlagen bestraft.

Neben dieser Bekanntmachung wurden auch noch auf roten Papiergedruckte Auftritte vorgelesen, die sich an die "Proletarier, Arbeiter und Arbeiterinnen" richteten. Darin ist deutlich und klar zu erkennen, daß jene Elemente auch nicht eine blosse Werbung zum sozialistischen Kampf haben. In diesen Auftritten wird zunächst Stellung genommen gegen das Verhalten der deutschen Regierung im polnisch-russischen Krieg und dann gegen die Entlassung der deutschen Bevölkerung. Wörtlich heißt es dann weiter:

"Begehe euch, wenn sie ihr Spießbüchsen zur Geltung bringen! Denkt an eure Kinder, wollt ihr diese in ein solches Elend jähren? Nein, wir müssen uns und unsere Nachkommen von diesen uns drohenden Bedrohungen befreien. Bald entbrennt der Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Kapitalismus, die Vorbereitungen sind getroffen von der Reaktion. Aber wir wissen diesen (?) sofort Halt bieten, indem (?) ein jeder Arbeiter und jede Arbeiterin sofort die Revolution entfalten hilft, um diese uns drohende Elende Vertilgung von uns zu wehlen. Nehmt alle mit den Kampf gegen den Kapitalismus auf denn die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!"

Gedenkt, daß durch den weißen Terror die Besten der Besten, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Leo Jostiches, Kurt Stamer, Eugen Leviné und Tausende von Proletariern ermordet worden sind, der harmlose Demonstranten und um ihr Recht streitende Arbeiter niederknüppelte mit Handgranaten und Maschinengewehren der tausende Klassenbewußte Proletarier in Zuchthäusern und Gefängnissen gefangen hält, denkt an die Brutalität und Bestialität der ungründlichen Sozialisten, an die weißen Schreden Kinnladungen! Die deutschen Junker sind ihnen ebenbürtig. Deshalb gilt es, die Revolution zu entfesseln. Nur eine Parole gibt es: Nieder mit der Regierung! Nieder mit der Reichswehr! Bewaffnung des Proletariats! Errichtung der Räterepublik! Gegen den weißen Terror den roten Terror! Der rote Volksrat!"

Daß sich die Leute ausgerechnet Falkenstein als Ziel auserkoren hatten, wird jedenfalls damit zu erklären sein, daß dort, wie überhaupt in den vogelähnlichen Textilarbeiterstädten die Notlage besonders groß und darum auch leichter eine Aufnahmefähigkeit für solche Pläne vorhanden ist.

Wie Figura zeigt, handelte es sich hier entweder um bekannte Lumpen oder, was zutreffender sein wird, um bekannte dumme Karren, die von reaktionären Provokatoren für sehr durchsichtige Zwecke benutzt werden sollten. In diesem Falle gehören sie in eine Heilanstalt für Schwachgegebte, damit sie nicht anderweit das Unheil anzichten können, was in diesem Falle verstanden wurde.

Die verhafteten 18 jungen Leute haben vom Sozialismus keine schwache Meinung. Wie können sie sich sonst einbilden, tot und lebend mit 26 Militärgewehren, 3 Pistolen und 2 Handgranaten aus der Welt zu schaffen? Die Sache wäre zumachen, wenn sie nicht so bluternst wäre und wenn dabei nicht das Schicksal der Arbeiterklasse auf dem Spiele stände. Wie mögen sich solche Rindsköpfe wohl die ökonomische Entwicklung und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorstellen? Stricte für die Arbeiterbewegung äußerlich gefährliche Pläne sind es, mit denen hier unter dem Einfluß von bezahlten Lumpen gearbeitet werden sollte. Denn daß die Leute unter der geistigen Beeinflussung reaktionärer Provokatoren und Spione handelten, dürfte wohl außer Zweifel stehen. Diese Behauptung findet durch die Meldung eine starke Stütze, daß in Klingenthal im Vogtland ein Leutnant der Reichswehr als Spion und Provokatent erkannt worden ist, worüber wir weiter unten berichten. Wenn auch bis zur Stunde noch nicht alle Fäden offen zutage liegen, so ist doch kaum noch ein Zweifel möglich, daß zwischen dem Vorgehen der jungen Leute und den Absichten gewisser Reichswehroffiziere eine gerade Verbindungslinie besteht.

Die reaktionären Reichswehroffiziere und die hinter ihnen stehenden kapitalistischen Gewalten brauchen Gewalttaten und Prügelei, um einen Vorwand zur blutigen Niederschlagung und Unterdrückung der gesamten Arbeiterbewegung zu bekommen. Wer deshalb, bewußt oder unbewußt, sich von den Reaktionen zu solchen romantischen Hölzchen verleiten läßt, wie die verhafteten jungen Leute, ist ein Schädling der sozialistischen Arbeiterbewegung und verdient als solcher behandelt zu werden.

Leider hat die Sache noch eine andere, sehr ernste Seite. Der Gedanke, mit anderen als ökonomischen Mitteln, mit solchen oder ähnlichen phantastischen Plänen die grauige Lage der Arbeiterklasse zu verbessern und die ökonomische Befreiung des Proletariats herbeizuführen zu können, findet auch heute noch in einzelnen Köpfen der in geistiger Aneddtschaft erzeugten Arbeiterklasse Raum. Leider werden diese darin von der Phrasologie der K. A. P. D. bestärkt. Nach den vorliegenden Meldungen gehören auch die bei Zwickau verhafteten Leute der kommunistischen Arbeiterpartei an und stammen aus Planitz, Scheibitz, Cainsdorf; einige sind aus Zwickau, Glauchau und Leipzig. Man wird deshalb in Zukunft noch mehr wie bisher der kommunistischen Arbeiterpartei mit äußerster Vorsicht begegnen müssen. Es hat den

Anschein, als ob sich in ihr neben einigen ideologischen Wahnheiten alle reaktionären Spione ein Stelldichein geben.

Gegenüber diesen Geschwitten ist es doppelte Pflicht aller ernsthaften Sozialisten, die Ideen und Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus in immer weiterer Kreise zu tragen.

Ein lospöhlender Reichswehrleutnant.

Unter der Heberlei: Ein lospöhlender Reichswehrleutnant berichtet die Dresdner Volkszeitung, daß in Klingenthal ein Leutnant der Reichswehr, v. Berger, verhaftet worden sei, nachdem er vorher in Klingenthal eine Konferenz mit den kommunistischen Arbeitern und Rebentzoff gehalten habe. Folgendes Schreiben sei bei ihm gefunden worden:

Entwurf: Straßentruanzleute. Dieser Rubert! Zeilen erhalten, hoffe, daß alles Klappi, Vorbereitung bis ins Kleinste getroffen. Übergang erfolgt am 8. August 1920. Zeit wie verdaulich. 60 Gewehre werden zur Verfügung stehen. Nur unter Parole "Dr. Reuss" passieren. Betreffs Klingenthal und Marienkircher alles vorbereitet.

Weiter enthält das Schriftstück folgendes:
Verhalten in Klingenthal: Arbeiter halten viel auf Karren, L. da immer Arbeit. 2. da die Not nicht so groß. Arbeiter, sofort halt auf die Tür. Antipathie und Sympathie für Hölzchen halten sich die Waage. Arbeiter benutzten alle diejenigen, die Rotgardisten sofort mit geschlagen haben. Fabrikant Bechtold hat an Reichswehr alles verraten. Stimmungsänderung. Revolution genehigt. Man hegt Rachepläne. Die Arbeiter und U.E.P.-Leute verraten alle Einzelheiten. (Soll wohl bedeuten, daß die U.E.P.-Leute die Spionageschäfte durchzuführen und die Arbeiter davor warnen. Die Red.) Bei den meisten sich heruntersetzen Rotgardisten und Standkommissionsmitgliedern wird das Geld alle, deshalb müssen diese in Kürze handeln. Die Aktion ist gegen Willensbesitzer gerichtet. Der Vorwand der Racheaktion nach außen gegeben. Es gilt, die ganze Gesellschaft anlässlich ihrer Hauptversammlung zu treffen.
 Der Dresdner Volksrat wird mitgeteilt, daß Leutnant v. Berger Nachrichtenoffizier in Chemnitz sei. Die sächsische Regierung habe einen Kommissar von der kommunistisch-sozialistischen Partei an Ort und Stelle entsandt, um das nötige festzustellen und zu veranlassen.

Der Belagerungszustand über Zittau

tritt am Montag, dem 9. August, mittags 12 Uhr, wieder außer Kraft.

Geraach, 6. August. Ein ungeheurer Waldbrand wird nach Blättermeldungen seit mehreren Tagen in dem bei Klippendorf gelegenen Walde begangen. Hunderte von Leuten von nah und fern hatten dort nach dem Vorbild der Wiener im großen und kleinen den Forst ab, teils aus Not, teils aus gemachter Gewinnsucht, denn neben den vielen Armen, die sich auf derartige Weise etwas Feuerholz zusammenholten, waren auch etliche Bauern, die selbst Waldungen besitzen, gekommen, um mit ganzem Gespannen das Holz zu holen, ja es wurde an Ort und Stelle ein schwunghafter Handel mit Bauholz getrieben. Nachdem die Behörden fast drei Tage hindurch dem Brand zusehen hatten, ist jetzt eine Genbarmunterkunft von 12 Mann in den Wald eingedrungen und es gelang ihr, die vielen hundert Menschen ohne Hinterlassung aus dem Walde zu treiben, wobei freilich die Unberühnten oft eine drohende Haltung gegen die Beamten einnahmen.

Glauchau. Eisenbahnunfall ereignete sich auf dem Glauchauer Bahnhof. Ein in der Richtung Zwickau ausgehender Güterzug fuhr einer, auf einem einmündenden Nebengleis stehenden Lokomotive in die Seite und rief diese etwa 5 Meter bis in die Weichenvorbindung mit fort, wo die Lokomotive des Güterzuges sowie die angelehnte Lokomotive mit nachfolgenden Zufführgewagen entgleisten. Dadurch wurden viele nicht unerheblich verletzt. Der aus Zwickau eingetroffene sogenannte kleine Hilfszug nahm die Aufräumungsarbeiten sofort auf. Sie dauerten bis in die Nacht hinein. Der Verkehr wurde durch den Unfall nicht in Mitleidenhaft gezogen.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Entschädigung der Gemeinden für Mitwirkung bei der Veranlagung und Erhebung von Reichssteuern.

Der Reichsminister der Finanzen hat angeordnet, daß die Gemeinden, die mit der Veranlagung der Umlage und der Grund-erwerbsteuer beauftragt sind, dafür eine Entschädigung in Höhe von 4 v. H. des von ihnen an die Finanzkasse abgelieferten Ertrags aus der Reichssteuer erhalten. Die gleiche Entschädigung hinsichtlich des Aufkommens an Umlagesteuer durch Verwendung von Steuermarken steht ihnen zu, soweit ihr Umlagesteueramt bei der Umlage der Steuererhebung von diesen Beiträgen Kenntnis erhält. Sind die Gemeinden lediglich mit der Erhebung einer Reichsabgabe, z. B. der Reichssteuer, betraut, so erhalten sie eine Entschädigung von 1/2 v. H. des von ihnen abgelieferten Ertrages der Abgabe. Werden sie, ohne mit der Verwaltung im übrigen betraut zu sein, zur Mitwirkung bei der Veranlagung einer Reichssteuer herangezogen, so werden ihnen die dadurch erwachsenden Ausgaben für Bordruck, Formblätter, Porto, Austragen und Einholen von Listen, Aufforderungen zu Steuererklärungen und Steuerbescheiden ersetzt.

a. Sommerfeld. Zu dem Gemeinderatsbericht vom 22. Juli b. J. wird uns mitgeteilt: „Die hiesige Gemeinde hat keinen Sekretär, sondern nur einen Kassier, keinen Gemeindevorstand, sondern einen 1. und 2. Schulmann, keinen Expedienten, sondern einen Hilfsexpedienten. Weiter sind hier nicht zwei Personennamen besetzt, sondern ein Kapitän und ein Leutnant. Der Lehrling besitzt nicht ein Gehalt von 1200 Mk., sondern erhält nur eine Entschädigung von 120 Mk. jährlich.“

Tauscha. Eine Anzahl Parteigenossen in Tauscha liegt heute noch den Tauschaer Anzeiger: wohl um die amtlichen Bekannntmachungen über Lebensmittelverteilung schmoller zu erfahren. Wenn sich gegen dieses Verhalten manches einwenden läßt, so sollen die betreffenden Parteigenossen wenigstens darauf sehen, daß die Austräger und Aussträgerinnen die ihnen den Anzeiger ins Haus bringen, zum mindesten organisiert sind. Die Organisation war bemüht, für die Trägerinnen und Träger günstigere Lohnbedingungen zu schaffen, und dieses ist auch in letzter Zeit gelungen. Nur war zu verzeichnen, daß bei den Verhandlungen in dieser Angelegenheit sich einzelne Austräger im Gegenzug zu unserer Organisation befinden und dem Vorgehen der Organisation Schwierigkeiten bereiten. Von jenen dieser Leute glaubt mancher dem Unternehmern den Rücken steifen zu müssen. Vielleicht tragen diese Jellen dazu bei, daß unsere Parteigenossen solchen Leuten mehr auf die Finger sehen, damit in Zukunft derartige Zwischenfälle unterbleiben.

Der Vertrauensmann des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Tauscha von Böhlen. Gemeinderatsitzung. Der Gemeindevorstand gibt bekannt, daß die Nachfrage zum Ortsgrundgesetz und zur Geschäftsordnung von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden sind. Weiter teilt er mit, daß der 2. Termin der Grundsteuer in Höhe von 1680,89 Mk. fällig ist. In Zukunft soll der Gemeindevorstand erhalten 1600 Mk. Grundbesitz und 800 Mk. Gemeindegeld. Er ist im Nebenverdienst angestellt. Unter den eingegangenen Schriftstücken befand sich unter anderem die Mitteilung vom Finanzministerium, daß die Bezirke, in denen in Zukunft keine geschätzt werden soll nicht bebaut werden dürfen. Die Amtshauptmannschaft ladet deshalb alle in Frage kommenden

Gemeinden zu einer Besprechung ein. Von unsrer Gemeinde wurden der Gemeindevorstand und Genosse Grödel dazu beauftragt. Ferner wurde beschloffen, den Fußgängerweg mit Kies zu befestigen. Zur Regelung der Kohlenfrage wurde die Angelegenheit dem Bauausschuß überwiesen. Baumknecht Böttcher, Bühler, beschloffen, das zwischen Schramm und Keschke gelegene Grundstück in der Röhre Straße zu bebauen. Genehmigung dazu wurde erteilt. Eine Lohnforderung der Obstpflücker wird dahingehend geregelt, daß rückwirkend für den Juni geschnittenes Obst 6 und 7 Mk. gezahlt werden. Bis zum 3. August wurde von dem in eigene Kegel übernommenen Obst 2400 Mk. eingenommen. Da das Obst durchweg nur 60 Pfg. kostet, ist den Gemeindegliedern zu empfehlen, recht regen Gebrauch von dem Einkauf der Birnen zu machen. Bekanntmachung der Verkaufszeit erfolgt immer an den Bekanntmachungstafeln. Zulezt wurde noch die Badeangelegenheit besprochen, die im nächsten Jahre im Sinne der Einwohner geregelt werden soll. In Aussicht genommen ist, ein Gemeindepfad zu errichten.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitseinstellung im Gastwirtsgerwerbe.

Die im Gastwirtsgerwerbe beschäftigten Angestellten unterbreiteten am 29. April d. J. der Arbeitergemeinschaft des Gastwirts Berufungs ihre neuen Lohnforderungen. Trotz nichtlicher Verhandlungen waren die Arbeitgeber nicht zu bewegen, nennenswerte Zugeständnisse zu machen, obwohl die Arbeiter nicht von ihrer ursprünglichen Forderungen schon dreimal wesentlich zurückgegangen waren. Der vom Schlichtungsausschuß in dieser Sache gefällte Schiedsspruch wurde von den Unternehmern nicht anerkannt, im Gegenteil, es wurde erklärt, alles daran zu setzen, um diesen Schiedsspruch zu beseitigen. Die von den Unternehmern einstimmig aufgeworfene Lohnabgabe wurde in allen Verhandlungen als das einzig mögliche Zugeständnis erklärt. Statt der im Tarifgesetz vorgezeichneten Verhandlungen zum Ausgleich der Differenz erfolgte hier die schriftliche Diktatur der Unternehmerseite. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde in einer von etwa 3000 Gastwirtsangestellten beauftragten Versammlung beschloffen, nochmals die Vermittlung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig anzusuchen. Auf Grund dieses Beschlusses fand am Sonnabend im Rathaus eine Sitzung unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrat Dr. Kott, an welcher die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften und der Arbeiter sowie vom Gewerkschaftsrat der Arbeitervereine teilnahmen. Die Unternehmer erklärten durch den Obermeister Ehler-Meier, daß sie keine weiteren, als in der Lohnabgabe gemachten Zugeständnisse machen könnten. Da der Obermeister keine Erklärungen benutzte, um unfaire Angriffe auf die Arbeitnehmervertreter auszuführen, lehnten wir es ab, mit einem solchen Vertreter der Arbeitgeber noch länger am Verhandlungstische zu sitzen. beantragten die Wahl eines andern Vertreters der Arbeitgeber und verteilten, bis dies geschehen, den Sitzungsraum. Die Arbeitgeber zogen sich nun gleichfalls zur Beratung zurück. Nach Wiedereröffnen erklärten diese, daß Herr Meier als Vorsitzender gewählt und Ehler-Meier insofern gewählt. Es wurde nun von uns erneut versucht, über die einzelnen Forderungen zu verhandeln. Da aber schon bei den ersten Positionen von den Unternehmern erklärt wurde, sie seien unannehmbar, mußten wir jedes weitere Verhandeln als zwecklos aufgeben. Nach der vom Kollegen Steglitz gegebenen Darstellung der bisherigen Verhandlungen gab Stadtrat Dr. Kott zu, daß die Angelegenheit keine Schuld trüge wenn bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte. Wenn es jetzt kurz vor der Messe zur Arbeitsunterbrechung gekommen, ist allein deren Schuld die Verschleppung der Unternehmern. Die Folge davon war die einmütige Arbeitsunterbrechung. Trotz der Schwierigkeiten in unserem Ge-

werbe ist diese fast reiflos erfolgt. Es ist hierbei zu beachten, daß für die 2000 weiblichen Angestellte, die sich in Kost und Wohnung befinden, Wohnungen beschafft werden müßten. Diese Schwierigkeiten wurden durch die Opferwilligkeit der verheirateten Kollegen behoben.
Der frühere Unternehmensanwalt hat bemerkt, daß eine einseitige Kampffront aller Gastwirtsangestelltenbeschäftigten nicht die Stimmung der kämpfenden muß also sehr gut gehalten werden. So daß uns um den Ausgang des Kampfes nicht zu bangen braucht. Die Schuld, falls es zu einer Spaltung der Messe kommt, liegt einzig und allein an der Arbeitergemeinschaft der Gastwirte Leipzigs, welche ja erklärt hat, an der Leipziger Messe kein Interesse zu haben.
Die Lohnkommission der vereinigten Gastwirtsangestelltenverbände.

Zur Lohnbewegung der Musiker.

Seit Mai fordern die in Kinos, Varietés, Cafés, Konzert- und Künstlerhäusern sowie Bars, Diele und Weinstuben beschäftigten Musiker eine Erhöhung ihrer Bezüge. Der jetzige Lohn beträgt je nach Dienstzeit einschließlich der Wirtschaftsbeihilfe 848 bis 825 Mk. monatlich. Eine Einigung konnte mit der Arbeitgebergemeinschaft der Arbeiter der Musiker nicht erzielt werden, deshalb wurde der Schlichtungsausschuß wiewo Vermittlung angerufen. Dieser fällt einen Schiedsspruch dahingehend, die Wirtschaftsbeihilfe von 83 1/2 Prozent für Juli auf 60 Prozent = 84 Mk. und ab 1. August auf 65 Prozent, das sind weitere 75 Mk. zu erhöhen. Der Schlichtungsausschuß begründete seinen einstimmig gefällten Schiedsspruch unter anderem wie folgt: Nach eingehender Prüfung ist der Schlichtungsausschuß zu vorliegendem Schiedsspruch gekommen und hält auch diesen Vorschlag für voll und ganz berechtigt, da die Lohnsätze allen anderen Gewerben gegenüber und den Verhältnissen entsprechenden nicht allzu hoch zu bezeichnen sind. Besonders ausschlaggebend bei Festsetzung dieser Höhe der Wirtschaftsbeihilfe war, daß die Musiker an Kleidung und Abnutzung der Instrumente und deren Bestandteile besonders hohe Ausgaben haben und daß sich der Lohn für den Lebensunterhalt dadurch verringert. Den Parteien wird weiter empfohlen, bei bestem Geschäftsverlauf eine dem Musikerstand entsprechende bessere Bezahlung Platz greifen zu lassen.

Während sich die Musiker dem Schiedsspruch unterwarfen, wurde er von den Arbeitgebern vollständig ignoriert. Eine am Sonnabendnachmittag angelegte Verhandlung unter Vorsitz eines Stadtrats führte zu keiner Einigung, da die Arbeitgeber auch hier den Schiedsspruch nicht erfüllen wollten, so daß sich die Musiker letzten Endes des Streiks bedienen mußten, wollten sie die ihnen zugesprochenen geringen Bezüge erreichen und mit ihren Familien nicht vollständig verelenden. Wir geben dies der Öffentlichkeit zur Kenntnis und bitten, uns in unserem gerechten Kampfe zu unterstützen.
Deutscher Musikerverband (Ordnungsverwaltung Leipzig).

Zum Streik im Feinamerwerk

wird uns vom Betriebsrat der Feinamerwerke mitgeteilt: Im Verlauf dieser Woche ist in der Lage des Streiks keine wesentliche Veränderung eingetreten. Zu Beginn der Bewegung teilte die Organisation der Unternehmer der Streikleitung kurzgefaßt mit, daß sie auf die Forderung von 30 Proz. Lohnerhöhung nicht eingehen könne, da der Streik ein glatter Tarifbruch sei. Die Forderung auf Urlaubserweiterung ist auch vollständig unzulässig, da

da der Urlaub tariflich geregelt ist und an eine Änderung des Tarifstufens gar nicht zu denken sei. Das Reichsarbeitsministerium erklärt, eine Vermittlung nicht übernehmen zu können, da ein tariflich eingeleiteter Zentralarbitrationsausschuß einen endgültigen Schiedsspruch gefällt habe. Die Vertreter der hier beteiligten Organisationen im Bezirk, sowie die Streikleitung und der Betriebsrat vertreten dagegen den Standpunkt, daß in diesem Falle von Tarifbruch gar nicht die Rede sein kann. So anerkennt der Zentralarbitrationsausschuß in Zeiten dieses heillosen Durcheinander sein können, so bestimmt dieser als letztes Mittel zur Verbesserung ihrer Lage, wenn alle Instanzen durchlaufen sind, den freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Anwendung des Streiks. Die Streikleitung hat der Unternehmerorganisation diesen Standpunkt mitgeteilt mit der Aufforderung, sich demselben anzuschließen. Am 7. oder 8. d. M. sollen die Unternehmer der Sektion Vb eine Konferenz haben, in der wahrscheinlich auch diese Frage zur Sprache kommen wird. Der Fortgang des Streiks wird wesentlich von dem Verlauf und dem Ergebnis dieser Konferenz abhängen. Es bleibt also abzuwarten, ob und wann in die eigentlichen Verhandlungen über die Lohnforderungen eingetreten wird. Am Dienstag, dem 10. August, vormittags 11 Uhr, findet im Feinamerwerk eine Versammlung der Streikenden statt, in der die Streikleitung genaueren Bericht geben und Stellungnahme erfolgen wird zu der Antwort der Unternehmer. Die im Feinamerwerk arbeitenden Genossen seien hiermit auf die Versammlung besonders hingewiesen.

Der Leipziger Betriebsrat Nr. 6 bringt Mutter-Arbeitsordnungen, Richtlinien für Einstellungen und Entlassungen, einen instruktiven Artikel über die Fernbesuchsfürsorge und anderes. Der Leipziger Betriebsrat ist in allen Filialen der Leipziger Volkszeitung, sowie in allen Gewerkschaftsbüros zum Preise von 20 Pfg. für das Stück zu haben. Einzelne Bestellungen auf den Leipziger Betriebsrat können nur nach auswärtig durch die Post vermittelt werden. Die Leipziger Leser bitten wir, den Betriebsrat in obenbezeichneten Stellen abholen zu wollen.
Gewerkschaftssekretariat Leipzig, Abteilung Betriebsräte.

Tarifverbindlichkeit. Der am 10. Februar 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten einschließlich der Werkmänner in der chemischen Industrie ist für den genannten Berufskreis mit Ausnahme der Arbeitnehmer in Apotheken und Seitenfabriken für das Gebiet der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig für allgemein verbindlich erklärt worden. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 1. April 1920.

Briefkasten der Redaktion.

G. S. Fürsorgestelle für Lungenkranke, Rathhausring 7, II. — 2 Mk. für die Parteilasse.
S. S. 116. Das können wir nicht wissen. — 50 Pfg. für die Parteilasse.
Abonement Schöneberg. Beste Sache sind dafür nicht aufgestellt. Die Unterhaltspflicht beschränkt sich auf dasjenige, was mit Rücksicht auf die Bedürfnisse sowie auf Vermögens- und Erwerbsverhältnisse der Beteiligten der Billigkeit entspricht.

Beachten Sie mein reichhaltiges Lager in **Uhren und Goldwaren**.
Elek. Reparaturwerkst. für Uhren u. Goldwaren. Billigste Preise. steter Eingang v. Neuheiten.
Hermann Kriesel Nachf. Hansstädter Steinweg 13.

Beste Bezugsquelle für Schuhmacher
Heinrich Berthold
Lederhandlg., Leipzig, Nikolaistr. 20-26.
Leder-Ausschnitt

August Henning
Im vollendeten 71. Lebensjahre, einen Tag nach seinem Geburtstage.
In tiefer Trauer
L. Lindenau, Bahnamannstraße 8
Frau Luise verw. Henning
nebst allen Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, 11 Uhr vorm., vom Linderauer Friedhof aus statt.

Gamillen-Nachrichten
Todes-Anzeige.
Am 7. August verschied nach längerem schwerem Leiden, im 62. Lebensjahre, meine innigstgeliebte Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwieger- und Großmutter
Klara Poppe geb. Lippert.
Zwenkau, jets. L. Glauch.
In tiefstem Weh
Erdmann Poppe
Max Poppe und Familie
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachm. 5 Uhr, von der Friedhofstafel aus statt.

Ein treues Herz schlägt nicht mehr!
Unerwartet erlitten wir die schmerzliche Nachricht, daß mein herrlicher lieber Mann, unser guter Vater, Schwager und Onkel, der Gastwirt
Paul Ostermann
in seinem Geburtsort Mühlententersdorf, wo er zur Erholung weilte, im besten Alter von 46 Jahren an Herzschlag verstarb.
Leipzig (Brühl 23), den 8. August 1920. In tiefster Schmerze
Alma Ostermann geb. Arnold
im Namen aller Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. August, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Trinitatis-Friedhofes aus statt. Zugedachte Blumen spenden erbitte nach der Beerdigungsanstalt „Friede“, Matthäikirchhof 28.

Emma Seidel.
Schmerz erfüllt zeigt dies hierdurch an
Leipzig-Reinsdorfstr. 8, August 1920
Friedrich Seidel und Kinder
im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.
Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, 11. Aug., nachm. 1/2 2 Uhr, vom Trauerhause, Bahnhofstraße 4b, aus.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Automaten-Einrichter
(Sollten Müdig) sofort in dauernde Stellung gesucht
Armaturenfabrik F. Paul Thomas
Leipzig, Schumannstraße 7.

Verkäufe
KOWNOER
Schnupftabak nur 50 Pfg.
Elsterstr. 3 u. Gerbersir. 40.
Margarine Pfd. 10.50
Speck, geräuchert, 17.50
P. G. G. G. L. Schönefeld
Paul-Deyle-Straße 30.

3 Doppelbetten, auch 120-200-4
3 Bettstellen m. Matr. 100-170-4
Rindbrett v. Brubert 10.11
Bettwäsche, handl., Blisch.
neu u. geb., Fritsch, Gederb.
150 vert. Sandstr. 12.11.
Möbel aller Art
ganz neue Einrichtung
direkt aus der
Möbelschneiderei „Pioniere“
deshalb äußerst preiswert.
Verkaufsstelle:
Gewerbestrasse in Bad Naußitz,
am Markt.
Chais, guther., u. Schlachtan.
verkauft **Voigt, Rodau**
Bahnhofstr. 8. II.
1 Sofa bill. u. perf. (Dienstag
u. 2-8) Sch. W. Seele-Straße 14.11.
Sofa, Christl. D. Tisch,
Wanduhr, Leppis, Stühle
verkauft **Wollfeller**, 58, v. I.
Rückenschneiderei, Bettstelle m.
M. 85, Sofa, Tisch 80, zu
verk. Rd. Ravellenstr. 9a. v.
Rückenschneiderei, Bettstelle m.
q. W., u. pers. and. a. v. Gohl.
Verberstr. 9, III. l. Abds. 5-8.
Möbel, Kamm., Federb., 1. Art.
Kappw. 21. Gertrichstr. 30. 5.
Möbel, ff. u. einl. u. a. m. 1. Art.
zu verk. Konradstr. 62.
Berfika Schrl., Bett m. M.,
Nahm. Wj. Sofa Regul., Kz.
Stühle Chais, bill. Kuchelb.
Stierwartestraße 43. l.
Ridstr. a. v. W. Verberstr. 42. p. l.

Für die Zeit der Technischen Messe vom 15. bis 21. August suchen wir tüchtige
Zeichnungsverfasser für den Straßenverkauf
unserer Amtlichen Leipziger Messezeitung.
Besondere Meldung früh von 8-10 Uhr in der
Verlagsstelle, Katharinenstraße 1, III.
Nachamt für die Musterstellen in Leipzig.
Bewirtschafter Sucht alt. Wädch. für
unf. Vereinsabtl. 10 gel.
Entw.verein Hammerstraße 4.
Angebot an W. Schirm, V. G. r.
Belienburkstraße 5, III. W.
Aufwartung für 2 Std. vorm.
gel. Tauchaer Str. 23. Vaden.

Strickwolle
beste Kammark.
Qual. 5 Gebd. Nr. 8.75
Manchester 50.00
v. Qualität, m. Wl.
Bettlüber
hartes Halbleinen 70.00
Händler erzh. Vorzugspreise
Moll, Windmühlentr. 28
Cloth Formeltutter
Berliner Str. 18.
Pflüchtheilfeln, hoch. Gr. 42
a. v. Humboldtstr. 17. Erdg.

Herrn-Rad guther., n. G.
Chais. Unt. W. Linderstr. 8. p. l. r.
Gothaer Straße 6. III. l.
Herrn-Rad, fast neu, verffil.
billig **Lutherstraße 18. III. l.**
h. u. d. Rad o. G. Knust Rdn.
Waldmannstr. 2. 5. H. v. r.
S. Rad, gta. Br. l. G. f. 300. K.
Ang. Spidernstr. 1. D. II. M.
Kinderwagen verkauft billig
Parthesstr. 18. part. r.
Kappwag. m. 3. 200. Kappwag.
u. 50. Rindbrett 200. v. l. r.
pl. Neusch. Reichstr. 18. l. r.
Korbwagen, hell, verkauft
billig **Wittlstraße 9. I. l.**
Kappwag. m. V., guther., v. v.
Schenkendorffstr. 52. IV. l.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter (Zahlstelle Leipzig).
Lehrlinge für Buchbindereien
In nächster Zeit erfolgt die Annahme der Lehrlinge für Ostern 1921.
Der Abschluss von Lehrverträgen mit höchsten Buchbindereibetrieben er-
suchen wir die Eltern, Erzieher und Vormünder von Kindern, welche das Buch-
bindergewerbe erlernen wollen, in unserem Bureau, Tauchaer Straße 18/21, II.
(Sollkassation) nähere Erklärungen einzusuchen. Die Ortsverwaltung.
Groß. Auswahl in
Jackett, Anzügen
Schrad-Anzügen
und sonst. Herren-
Garderobe
Kd. Frommannstr. 12. Lad.
la. Arbeitshosen à 95 Mk.
Manchester-Hosen
Manchester-Sporthosen
verkauft **Walter Fritzsche**,
Kd., Frommannstr. 12, Lad.*
3 Doppelbetten, auch 120-200-4
3 Bettstellen m. Matr. 100-170-4
Rindbrett v. Brubert 10.11
Bettwäsche, handl., Blisch.
neu u. geb., Fritsch, Gederb.
150 vert. Sandstr. 12.11.
Möbel aller Art
ganz neue Einrichtung
direkt aus der
Möbelschneiderei „Pioniere“
deshalb äußerst preiswert.
Verkaufsstelle:
Gewerbestrasse in Bad Naußitz,
am Markt.
Chais, guther., u. Schlachtan.
verkauft **Voigt, Rodau**
Bahnhofstr. 8. II.
1 Sofa bill. u. perf. (Dienstag
u. 2-8) Sch. W. Seele-Straße 14.11.
Sofa, Christl. D. Tisch,
Wanduhr, Leppis, Stühle
verkauft **Wollfeller**, 58, v. I.
Rückenschneiderei, Bettstelle m.
M. 85, Sofa, Tisch 80, zu
verk. Rd. Ravellenstr. 9a. v.
Rückenschneiderei, Bettstelle m.
q. W., u. pers. and. a. v. Gohl.
Verberstr. 9, III. l. Abds. 5-8.
Möbel, Kamm., Federb., 1. Art.
Kappw. 21. Gertrichstr. 30. 5.
Möbel, ff. u. einl. u. a. m. 1. Art.
zu verk. Konradstr. 62.
Berfika Schrl., Bett m. M.,
Nahm. Wj. Sofa Regul., Kz.
Stühle Chais, bill. Kuchelb.
Stierwartestraße 43. l.
Ridstr. a. v. W. Verberstr. 42. p. l.
Rückenstuhl, gut herh.
verf. **Mittler**, Str. 14. I. l.
Gitterbett m. W., Wj. w. w.
Barberstr. 11, Keilstr. 1. r.
Anger, Krdnerstraße 18. p. l.

Neues Theater.

Montag, den 9. August 1920
Fol aufgeborenen Stueck:
Hamlet, Prinz von Dänemark.
Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare...

Altes Theater.

Montag, den 9. August: Wechsellagen.
Dienstag, den 10. August: Singspiel: Christus.
Mittwoch, den 11. August: Singspiel: Christus.

Theater in der Elsterstraße, Kammerspiele

Fernruf 12300.
Montag, den 9. August 7 1/2 Uhr

Ensemble-Gastspiel
des Residenz-Theaters, Berlin:
Evchen Humbrecht.

Schauspiel in 5 Akten von S. R. Wagner.
Spielplan: Dienstag, Mittwoch: Evchen Humbrecht.

Krystal-Palast

Monat August 1920.
Das grosse
Jubiläums-Varieté-Programm.
Anfang 8 Uhr.

Ballenberg

Varieté. Täglich abends 8 1/2 Uhr: Das grosse Mess-Varieté-Programm.
Theater. Abends 8 1/2 Uhr: Das Rätsel „Weib“.

Patentanwaltsbüro Sack

Leipzig, Brühl 2.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Stock.
Mittwoch, den 11. August
Letzter grosser Ferien-Ausflug.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau: Gerberstr. 1, II. Hotel Victoria, Zimmer 16-18 und 23-24.
Mittwoch, den 11. August 1920, abends 5 Uhr
Mitglieder-Versammlung

Solzbildhauer

Freitag, den 13. August 1920, abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung im Solzhaus

Die Webwaren-Verkaufsstelle

L. Schönefeld, Pögener Str. 7, I.
Webwaren zu billigen Preisen an der Meter 13,50 18,50

An unsere Mitglieder richten wir die dringende Bitte, sich wie auch ihre Angehörigen nur bei ihrem eigenen Unternehmen, der von der Arbeiterschaft ins Leben gerufenen
Volkspflege
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsgesellschaft, Hamburg 5

Baumanns Gesellschaftshaus
Eigelb-Margarine
Leipziger Bücher-Ramsch-Salle

Trauringe
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6.

Bermüchte Einzelgen
Wir helfen Ihnen
Zur Anzug

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Wir helfen Ihnen
Zur Anzug
Wir helfen Ihnen

Neues Operetten-Theater.
Montag, den 9. August 1920
Die Faldingfische
Operette in 3 Akten von H. B. Müller und Rudolf Ostfiederer.

Leipziger Schauspielhaus.
Montag, den 9. August 1920
Schauspiel Anton Grand.

Leipziger Volksbühne.
Dienstag, den 10. August, abends 7 1/2 Uhr: Serie 25.

Leipziger Puppenspiele
Direktion: Rollmann-Bild
Wünsch's Marionettentheater.

Drei Linden
Täglich abends 8 1/2 Uhr
Die grösste Sensation der Saison

Zwenkau und Umgegend.
Dienstag, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr
Große öffentliche Volksversammlung

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Leipzig
Bureau: Gerberstr. 1, II. Hotel Victoria, Zimmer 21.

Betriebsratsmitglieder, Obmänner, Vertrauensmänner.
Donnerstag, 12. August, abends 7 1/2 Uhr.

Grosshandel.
Freitag, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr.

Rauchwarenhandel.
Dienstag, den 10. August, abends 6 1/2 Uhr.

Buchhandlungsmarkthelfer.
Donnerstag, 12. August, nachmittags 5 Uhr.

Buchbinderei-Markthelfer.
Mittwoch, den 11. August, nachmittags 5 1/2 Uhr.